



GEW
**PROFIS
BRAUCHEN
MEHR**
TARIFRUNDE Länder 2023

PROTEST

„Bildungswende JETZT!“:
Mehr als 180 Organisationen
fordern bessere Bildung.

Seite 22

BILDUNGSPOLITIK

Führen Förderprogramme
für Schulen zu mehr
Chancengleichheit?

Seite 28

SCHWARZ AUF WEISS

GEW-Studie schlägt Alarm:
Viele Schulleitungen sind
chronisch überlastet.

Seite 34



DEUTSCHE STIFTUNG
DENKMALSCHUTZ

Talent MONUMENT

Bühne frei für die
Denkmal-Stars
von morgen!

talent-monument.de



Mariendom, Veilert-Neuiges



Denkmale müssen alt und schön sein? Das stimmt so nicht! Viele spannende Bauwerke der jüngeren Vergangenheit sind bereits denkmalgeschützt. In der öffentlichen Wahrnehmung haben sie es oft

noch schwer – denn manchmal braucht es zeitlichen Abstand, um das Besondere erkennen zu können. Entdecken Sie mit uns schon jetzt diese Denkmal-Stars von morgen!



Lassen Sie uns gemeinsam Denkmale erhalten!
denkmalschutz.de/spenden



INHALT

Impressum	3
Auf einen Blick	4
Prämie des Monats	5

Schwerpunkt

Tarifrunde Länder 2023



Porträts: Wertschätzung durch die Politik fehlt	6
Tarifrunde: Mehr Geld für Landesbeschäftigte	12
Gastbeitrag: Höhere Löhne gegen die Rezession	16
Studierende: Der lange Weg zum Tarifvertrag	20

Bildungspolitik

„Bildungswende JETZT!“, „Wir können nicht mehr“	22
Interview: Chancengleichheit beginnt in der Kita	28
OECD-Studie: Mehr Akademiker, mehr Ungelernte	40

Schule

Lehrkräftearbeitszeit: Entlastung durch Erfassung	24
Lehrkräftemangel: Ausbildung unter Bedarf	26
Schulleitungen: Gesundheitsgefahren drohen	34
Interview mit Schulleiter: Chronisch überlastet	36

Jugendhilfe und Sozialarbeit

Kitas: „Qualität geht nur mit Qualifikation“	32
--	----

Internationales

Interview: Lehrkräfte in den USA unter Druck	38
--	----

GEW-Intern

Wolgast-Preisträgerin: Wege der Emanzipation	42
--	----

Medien

Filmrezension: „Die Gewerkschafterin“	44
---------------------------------------	----



Mitgliederforum

45

Diesmal

48

Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 75. Jg.
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Vorsitzende: Maike Finnern

Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main
www.zplusz.de

Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de

Anzeigenschluss: am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter www.presse-monitor.de.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: www.gew.de/ew



PETITION GEGEN DAUERBEFRISTUNG IN DER WISSENSCHAFT

Die GEW ruft zur Unterzeichnung der Petition für eine „echte Reform“ des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) auf, welche die Bildungsgewerkschaft im September mit weiteren Organisationen gestartet hat. Die in Zusammenarbeit mit der Plattform Campact entwickelte Petition wendet sich gegen Dauerbefristung in der Wissenschaft und richtet sechs Forderungen an die Abgeordneten des Bundestages. Unter anderem soll im WissZeitVG der Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ verankert werden. Die Petition „Stoppt die Dauerbefristung in der Wissenschaft“ kann online auf der Website von campact.de gelesen und unterzeichnet werden:

<https://weact.campact.de/petitions/stoppt-die-dauerbefristung-in-der-wissenschaft>

UNICEF KRITISIERT DEUTSCHES SCHULSYSTEM

Die Ausgaben für Grundschulen in Deutschland sind nach einem Bericht des Kinderhilfswerks UNICEF im internationalen Vergleich weiterhin sehr niedrig. Mit 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 investierte Deutschland 1,2 Prozentpunkte weniger in die Grundschulbildung als Spitzenreiter Schweden und kaum mehr als Schlusslicht Rumänien. Das zeigt der Mitte September veröffentlichte UNICEF-Bericht „Ein Versprechen an die Jugend“ zur Lage der Kinder in Deutschland 2023. Demnach werden in der Bundesrepublik zu viele Kinder in der Schule frühzeitig abgehängt und schaffen am Ende keinen Abschluss. Aktuell seien 1,3 Millionen Kinder in Deutschland vom Risiko dauerhafter Armut betroffen, berichtet das Kinderhilfswerk. Zu den benachteiligten

Kindern in Deutschland gehören laut UNICEF etwa jene, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, sowie Kinder, die mehr als zwei Geschwister haben oder deren erste Sprache nicht Deutsch ist.

HERTIE-STIFTUNG FORDERT MEHR DEMOKRATIEBILDUNG

Eine Expertenkommission der Hertie-Stiftung fordert mehr Demokratiebildung an Schulen. Im Einzelnen schlägt die Kommission, der unter anderen die Journalistin Anna Engelke, der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, sowie der PISA-Forscher Andreas Schleicher angehören, vor, Schulen stärker mit der Zivilgesellschaft zu vernetzen. Schon heute würden sie immer mehr zu Lebensräumen, in denen Projektwochen, aber auch Besuche Externer aus allen Bereichen zu Demokratiebegegnungen werden könnten, heißt es. Diesen Prozess müsse man mit Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft vorantreiben. Außerdem rät die Hertie-Kommission zu Anreizen von staatlicher Seite und nennt beispielhaft die Einführung eines Demokratiebudgets an Schulen von mindestens fünf Euro pro Schülerin und Schüler, über das sie gemeinsam mit den Lehrkräften verfügen könnten (s. zum Thema „Demokratiebildung“ auch den E&W-Schwerpunkt in der Ausgabe 9/2023).

LEHRKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN ÜBERLASTET

Viele Grundschullehrkräfte fühlen sich einer Erhebung zufolge überlastet und vermissen Wertschätzung. Das geht aus den Angaben der 252 Deutschlehrkräfte hervor, die rund 4.600 Grundschulkindern unterrichten hatten, deren Lesekompetenzen in der im Mai veröffentlichten internationalen IGLU-Studie untersucht worden waren. Demnach gaben 45 Prozent der bundesweit Befragten an, sie fühlten sich überlastet und oft erschöpft in der Schule. Wie die vom Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Uni Dortmund veröffentlichte Analyse weiter ergab, nahmen 38 Prozent einen Mangel an Wertschätzung wahr. Dennoch sagten 71 Prozent der Lehrkräfte, dass sie ihre Arbeit für sinnvoll und wichtig halten.

PRÄMIE DES MONATS



Oktober: Akupressur-Set

Ideale Entspannung für Körper und Geist –
mit Akupressur-Matte und Kissen im passenden Tragebeutel



Mitmachen lohnt sich!
Ein neues GEW-Mitglied werben und
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:
www.gew.de/praemie



Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

„WORAN ES FEHLT? AN DER WERTSCHÄTZUNG DURCH DIE POLITIK“



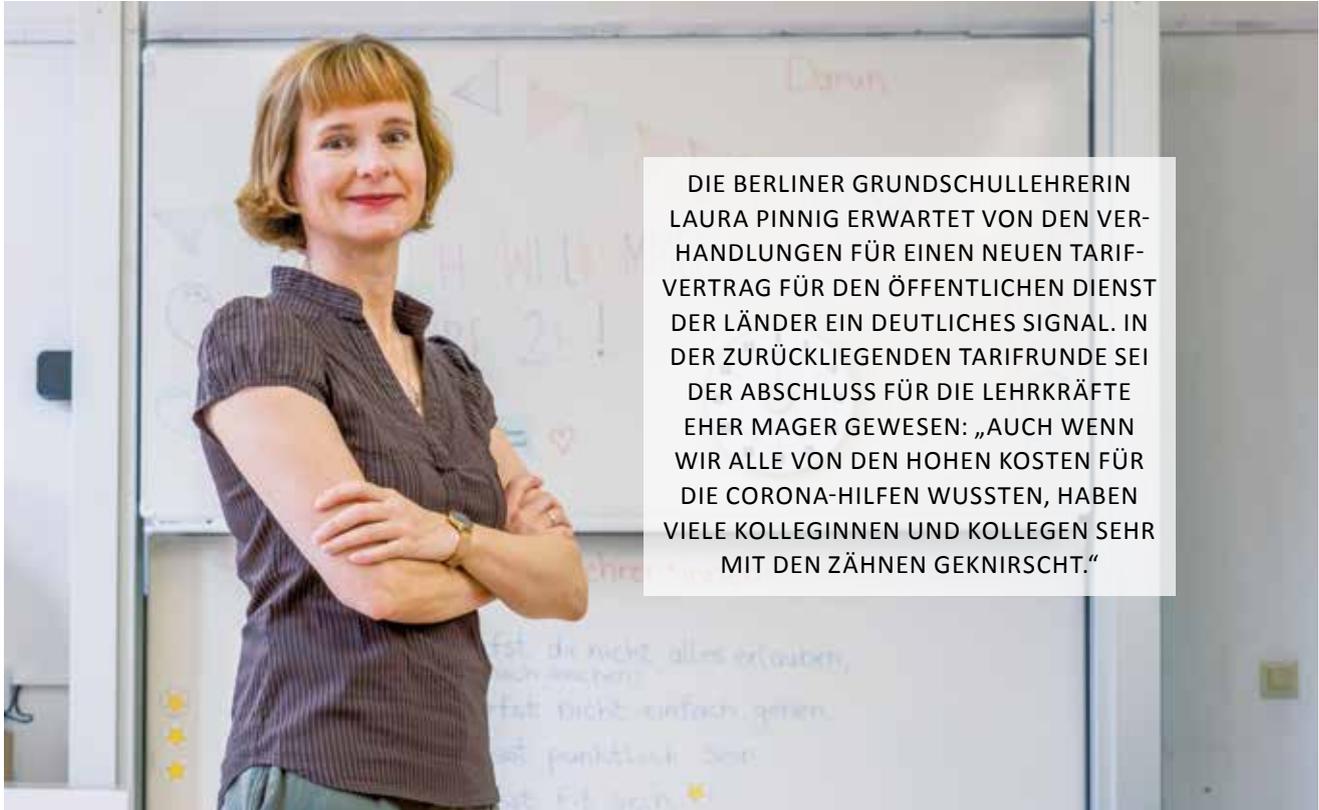
In der Tarifrunde, die im Oktober beginnt, wird über Gehaltserhöhungen für die rund zwei Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder verhandelt. Im Organisationsbereich der GEW gilt der Tarifvertrag der Länder (TV-L) beispielsweise für angestellte Lehrkräfte, im Sozial- und Erziehungsdienst auf Landesebene Beschäftigte sowie Lehrende an Hochschulen. Beamtinnen und Beamte in den Ländern profitieren ebenso wie Pensionäre von einem Tarifabschluss. Angesichts der hohen Inflation und der Herausforderungen im Beruf erwarten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein deutliches Gehaltsplus. Vier Kolleginnen und Kollegen erzählen aus ihrem Berufsalltag.

„Es muss ein deutliches Gehaltsplus für Lehrkräfte geben.“

Laura Pinnig, Grundschullehrerin

Es sind nur noch wenige Tage, dann lernt Laura Pinnig ihre neue 1. Klasse kennen. Ihre Grundschule liegt im Berliner Bezirk Spandau. „Kein Brennpunkt“, sagt sie, „aber auch nicht privilegiert. Viele Kinder stammen aus Familien, in denen nur selten Bücher gelesen werden.“

Sie ins Leben zu begleiten, empfindet die 47-Jährige als etwas Besonderes: „Radfahren, Schwimmen, Lesen: In der Grundschule erleben Kinder so vieles zum ersten Mal.“ Weil die pädagogische Arbeit in dieser Phase so hohe Bedeutung hat, war sie auch dabei, als Grundschullehrkräfte für die finanzielle Gleichstellung mit ihren Kolleginnen und Kollegen an höheren Schulstufen kämpften. Mit Erfolg: Seit 2019 bekommen Grundschullehrkräfte in Berlin A13/E13. „Für viele war das ein ermutigendes Zeichen: Engagement lohnt sich!“, erzählt Pinnig. In der zurückliegenden Tarifrunde sei der Abschluss für die Lehrkräfte aber eher mager gewesen. „Auch wenn wir alle von den hohen Kosten für die Corona-Hilfen wuss-



DIE BERLINER GRUNDSCHULLEHRERIN LAURA PINNIG ERWARTET VON DEN VERHANDLUNGEN FÜR EINEN NEUEN TARIFVERTRAG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST DER LÄNDER EIN DEUTLICHES SIGNAL. IN DER ZURÜCKLIEGENDEN TARIFRUNDE SEI DER ABSCHLUSS FÜR DIE LEHRKRÄFTE EHER MAGER GEWESEN: „AUCH WENN WIR ALLE VON DEN HOHEN KOSTEN FÜR DIE CORONA-HILFEN WUSSTEN, HABEN VIELE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN SEHR MIT DEN ZÄHNEN GEKNIRSCHT.“

Foto: Rolf Schulten

ten, haben viele Kolleginnen und Kollegen sehr mit den Zähnen geknirscht“, erinnert sie sich.

Auf die anstehenden Verhandlungen blickt sie mit einer klaren Haltung: „Dieses Mal geht es mir auch um mein Geld; es muss ein deutliches Gehaltsplus für Lehrkräfte geben.“ Die jüngste Tarifrunde ist ja nicht nur zwei Jahre her. Sie fand in einer ganz anderen Zeit statt: ohne russischen Angriffskrieg, ohne Energiekrise, ohne Inflationsgalopp. Wie sich die Teuerung auswirkt, erlebt Pinnig jede Woche bei ihrem Familieneinkauf: Statt 70 sind 170 Euro fällig. Klar könnte sie nun auf biologisch angebaute Lebensmittel verzichten. Das scheint ihr aber nicht nur für die Umwelt nicht nachhaltig. Sondern auch für das Bildungssystem.

Denn die gebürtige Kreuzbergerin lebte lange Zeit im Ausland, kennt Großbritannien und Australien. „Ab Mittelschicht aufwärts schickt kaum jemand sein Kind auf eine staatliche Schule“, sagt sie, „das führt noch mal zu einer ganz anderen sozialen Spaltung als hier.“ Auch wenn sie sieht, wie viel im Argen liegt, sei sie „schon ein bisschen stolz“ darauf, in einem öffentlichen Dienst zu arbeiten, der Bildung als Auftrag begreife. „Dazu gehört aber auch, dass die Menschen nicht den Eindruck haben: Staatliche Bildung wird kaputtgespart.“

Dabei hat Pinnig nicht nur die im Blick, die im Beruf sind. „Wir müssen mehr Leute für die Schule begeistern. Dazu müssen die Bedingungen besser werden, auch finanziell.“ Neben ihrer Stelle als Lehrerin engagiert sie sich als Leiterin des Vorstandsbereichs „Hochschulen und

Lehrer*innenbildung“ ehrenamtlich in der GEW Berlin. Sie weiß, wie es um den Nachwuchs bestellt ist und wie stark die Hauptstadt auf Quereinsteigende angewiesen ist. „Wer aus der freien Wirtschaft kommt, schüttelt angesichts der Gehälter im öffentlichen Dienst oft den Kopf“, erzählt sie. Ein schönes Beispiel dafür hat sie auch parat: Neulich traf sie einen Mathematiker, der statt mit Algorithmen nun mit Schülerinnen und Schülern arbeitet – für einen Bruchteil seines vorherigen Gehalts.

Jeannette Goddar, freie Journalistin

„Ich erwarte, dass beim Tarifabschluss ordentlich etwas herauskommt.“

Rosmarie Wicher, Erzieherin

Wer mit Rosmarie Wicher spricht, bekommt den Alltag einer Erzieherin sogar am Telefon mitgeliefert. Statt in der Pause sitzt sie noch im Gruppenraum; statt von Drei- bis Sechsjährigen ist sie umringt von Krippenkindern, elf an der Zahl. Zum ungezählten Mal in über 30 Berufsjahren – alle in Vollzeit, viele als Alleinerziehende – hörte sie beim Betreten ihrer Kreuzberger Kita den Satz: „Es tut uns leid, aber du müsstest einspringen ...“ Das System sei mehr auf Kante gestrickt als je zuvor, erzählt sie, mehr Tage verliefen ungeplant und nicht so, wie sie sie vorbereitet hatte. „Früher war alles besser“ – denkt man das nicht immer? Wicher entgegnet: „Ich erinnere mich tatsächlich an Zeiten, in denen nicht jeder Tag aus dem

>>>

DIE ARBEITSBELASTUNG IM BERUF SEI IN DEN VERGANGENEN JAHREN IMMER WEITER GESTIEGEN, SAGT DIE ERZIEHERIN ROSMARIE WICHER AUS BERLIN. SEIT EINIGER ZEIT MACHEN IHR ZUDEM DIE GESTIEGENEN LEBENSHALTUNGSKOSTEN UND DIE HÖHERE MIETE FÜR IHRE WOHNUNG ZU SCHAFFEN.

Foto: Rolf Schulten



>>> Setzen von Prioritäten bestand.“ Immer mehr Verwaltungsarbeit, kombiniert mit einem immer akuterem Fachkräftemangel ergäben einen nie gekannten Mix an Belastungen. „Wir müssen mehr Menschen für den Beruf gewinnen!“, betont Wicher.

Ein Beruf, der für sie nach all den Jahren noch immer mehr Berufung als Beruf ist. „Zu erleben wie Kinder, die bei ihrem Kita-Eintritt keine Schere festhalten konnten, bei ihrem Abschied kleine Theateraufführungen für uns planen, ist schlicht großartig.“ Wer den Weg dorthin wissen will, dem könnte sie lange berichten: aus fünf Bildungsbereichen, von musischer und künstlerischer Erziehung, auch von der Bedeutung des Apfelbaums im Hof. Sie könnte auch erzählen, woran es fehlt: Wertschätzung vor allem, nicht von den Eltern („Die haben wir!“), sondern durch die Politik. Die Eingruppierung, die wenigen Entwicklungsstufen, die Verweigerung von Investitionen in „die Menschen, die unsere Zukunft sind: die Kinder“. Sie könnte ewig weitermachen.

Kurzfristig, seit gestern, wie man so schön sagt, drängt indes vor allem: die Inflation, die in Berlin stets in Zusammenhang mit der Entwicklung der Hauptstadt zu sehen ist: „Ich wohne und arbeite in Kreuzberg. Hier ist nichts mehr so wie vor zehn, 20 oder 30 Jahren.“ Nun flatterte ihr im vergangenen Jahr auch noch eine Mieterhöhung von mehr als 200 Euro ins Haus. Strom, Telefon kommen hinzu – und natürlich die massiv gestiegenen Ausgaben

beim Einkauf. „Beim Toilettenpapier fragt man sich doch, ob da jetzt Goldfäden eingearbeitet werden“, scherzt sie trocken. Schön, wenn Menschen den Humor nicht verlieren.

Dabei steht, wenn sie ehrlich zu sich ist, ernsthaft in Frage, wann sie sich mal wieder einen Urlaub außerhalb von Berlin leisten kann: „Wie kann das sein, bei einer so wichtigen Arbeit?“, fragt sie. Und ergänzt, was außer den Kerntätigkeiten einer Erzieherin noch alles zu dieser Arbeit gehört: „Im Grunde sind wir zugleich Bildungs- und Familienberaterinnen, Krankenschwestern, Psychologinnen.“ Was die anstehende Länderrunde angeht, steht ihre Haltung felsenfest: „Ich erwarte, dass ordentlich etwas dabei herauskommt. Und ich erwarte, dass ich nicht enttäuscht werde.“

Jeannette Goddar

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, nicht nur zu meckern, sondern sich zu engagieren.“

Adina Evers, Quereinsteigerin in das Lehramt

Sie werden händeringend gesucht, mit wohlklingenden Stellenbeschreibungen umgarnt. Doch am Ende des Monats sind viele, die den Quereinstieg ins Lehramt



Foto: privat

ALS QUEREINSTEIGERIN IN DEN BERUF DER LEHRERIN HAT ADINA EVERS AUS WAREN (MÜRITZ) IN MECKLENBURG-VORPOMMERN DIE ERFAHRUNG GEMACHT, DASS ES SICH LOHNT, FÜR SEINE RECHTE EINZUTRETEN, DASS ES WICHTIG IST, SICH GEWERKSCHAFTLICH ZU ENGAGIEREN.

wählten, beim Blick auf den Gehaltszettel ernüchtert. Doch es lohnt sich häufig, wie Adina Evers es tat, dagegen anzugehen.

Schon recht früh stand für die heute 30-Jährige fest, dass ihre berufliche Zukunft in der Rehabilitationspädagogik liegen wird. Nach Abschluss des gleichnamigen Master-Studiengangs an der Humboldt-Universität Berlin fand sie auch schnell eine Aufgabe. Hörförderung wurde zum täglichen Job. Mit einem Haken. Sie musste zwischen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern pendeln. „Irgendwann merkte ich, dass es mir zu viel wurde, 800 Kilometer pro Woche zu fahren“, erzählt sie. Das Schulumt zeigte Verständnis, vermittelte eine Stelle. 2020 stieg sie als Seiteneinsteigerin ins Lehramt im Sonderpädagogischen Förderzentrum Pestalozzi in Waren (Müritz) ein.

Von der Arbeit war die junge Mutter eines vierjährigen Mädchens angetan. Doch der Blick auf den Gehaltszettel trübte die Stimmung. Ihr abgeschlossenes Studium schlug sich dort nicht nieder. In Zahlen bedeutete dies: rund 300 Euro brutto weniger im Monat. „Das mochte ich nicht akzeptieren, habe mich gewehrt, auch auf die Gefahr hin, jemandem auf die Füße zu treten“, schildert sie ihre damalige Situation. Sie suchte Rat. Und fand ihn bei der GEW. Dort unterstützte man die Seiteneinsteigerin, selbst eine Auseinandersetzung vor Gericht wurde erörtert. Doch nach monatelangen Telefonaten

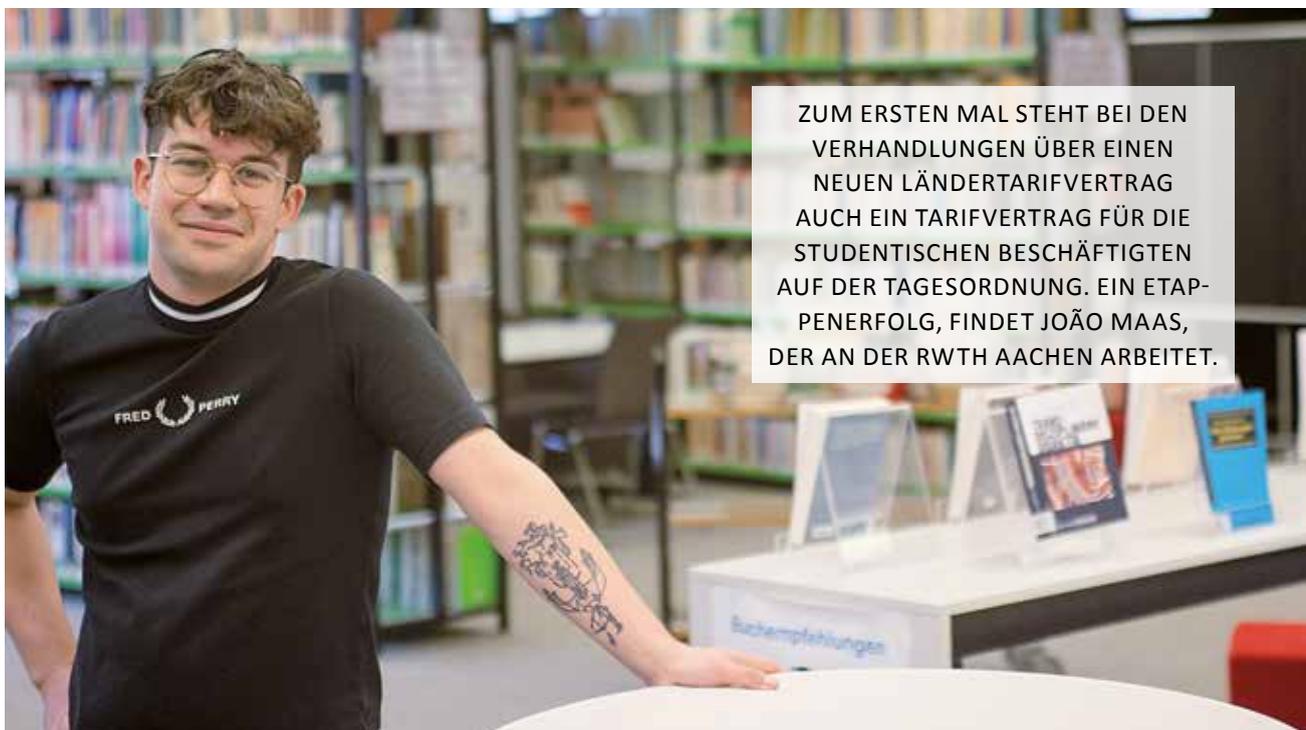
und Briefwechseln fand Evers Post im Briefkasten – das Studium sei anerkannt, die Gehaltsgruppe entsprechend angepasst.

Eine wichtige Erfahrung für die mit ihrer kleinen Familie in Malchow lebende Frau. Sie räumt ein, in einer vergleichsweise privilegierten Situation zu sein. Ihr Mann ist ebenfalls Lehrer, 2024 möchte sie ein Sabbatjahr einlegen. Doch sie kennt viele, die wie sie als Seiteneinsteigerin bzw. -einsteiger ins Lehramt kamen und angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten „auf jeden Euro achten müssen“. Was sie stört, ist die Willkür: „Es kann nicht sein, dass es je nach Schulumt zu unterschiedlichen Eingruppierungen kommt.“

Evers beschloss, sich zu engagieren. Sie trat in die GEW ein – und landete im Landesverband Mecklenburg-Vorpommern im Vorstand der Landesfachgruppe „Lehrkräfte im Seiteneinstieg“. „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es sich lohnt, nicht nur zu meckern, sondern sich zu engagieren. Für mich selbst, aber eben auch für andere“, sagt sie.

Sie spürt, dass sie ernst genommen wird. In den regelmäßigen Gesprächen mit dem Institut für Qualitätsentwicklung oder auch im Bildungsrat von Ministerin Simone Oldenburg (Die Linke). Die Themen ähneln sich: bessere Eingruppierung, eine transparente Umsetzung der Verordnungen und Gesetze, Wege gegen die Willkür.

Stephan Lüke, freier Journalist >>>



ZUM ERSTEN MAL STEHT BEI DEN VERHANDLUNGEN ÜBER EINEN NEUEN LÄNDERTARIFVERTRAG AUCH EIN TARIFVERTRAG FÜR DIE STUDENTISCHEN BESCHÄFTIGTEN AUF DER TAGESORDNUNG. EIN ETAPPENERFOLG, FINDET JOÃO MAAS, DER AN DER RWTH AACHEN ARBEITET.

Foto: Dirk Jeske

>>> „In manchen Monaten bleiben mir gerade einmal 130 Euro zum Leben.“

João Maas, studentischer Beschäftigter

Ein Studium kostet und erfordert zumeist einen bezahlten Job. Viele suchen diesen im Umfeld der Uni oder Hochschule. Manche haben Glück und finden eine gut bezahlte, verlässliche Einnahmequelle. Andere schauen spätestens Mitte des Monats bang auf ihr Konto. Große Sprünge kann sich João Maas nicht leisten. Das wusste der 24-Jährige schon vor dem Beginn seines Studiums der Geisteswissenschaften an der RWTH Aachen. Doch mit dem Job als studentische Hilfskraft in der Bibliothek des Erziehungswissenschaftlichen Instituts schienen sich seine finanziellen Sorgen zumindest zu lindern. „Okay, zehn bis 20 Stunden pro Woche sind neben dem auf 40 Stunden angelegten Vollzeitstudium ganz schön stressig. Aber sie garantieren mir, meine laufenden Kosten zu decken, nicht permanent in finanzieller Not zu stecken“, sagte er sich. Doch die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten. Mal „darf“ Maas je nach Vertrag 17 Stunden, manchmal aber nur sieben Stunden arbeiten. „Das macht mir eine verantwortliche Planung unmöglich“, weiß er. 420 Euro schluckt allein die Warmmiete in der WG. An die Nachzahlungen für Gas und Strom mag er da noch gar nicht

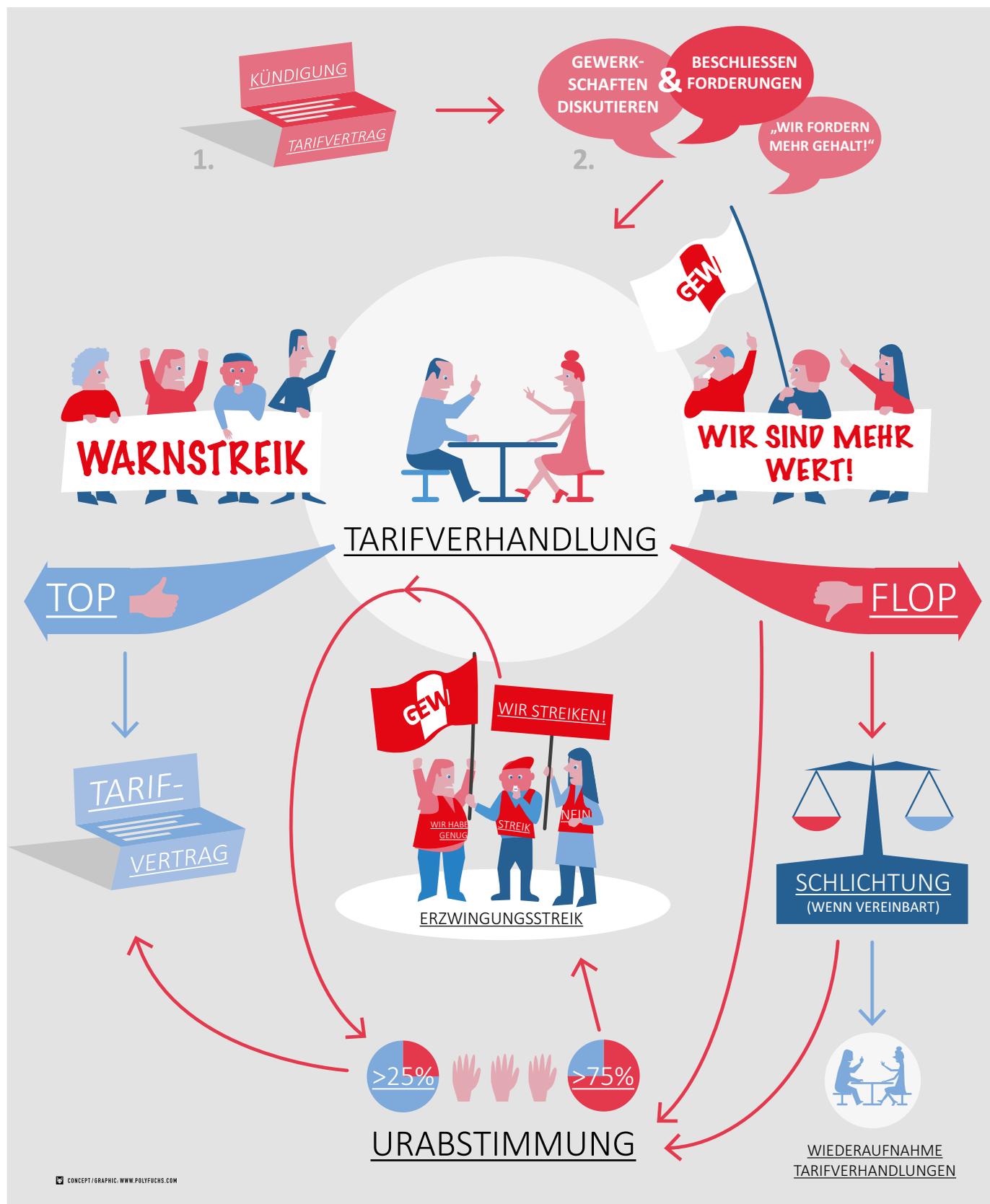
denken. „In manchen Monaten bleiben mir gerade einmal 130 Euro zum Leben. Einen Wein am Abend oder draußen einen Kaffee zu bestellen, muss ich mir gut überlegen“, erzählt er. Er sucht sich zusätzliche Nebentätigkeiten – als Museumsführer und in der außerunterrichtlichen Demokratieerziehung. Er weiß: „Darunter leidet das Studium.“ Und die Seele, mag man hinzufügen. Denn Maas gesteht offen: „Armut ist immer mit Scham behaftet.“

Seine Eltern können ihn nicht unterstützen. Doch er bleibt optimistisch, freut sich über die Solidarität im Freundeskreis. „Da, besonders auch bei meiner Freundin, finde ich Unterstützung.“ Annehmen mag er die Hilfe selten, aus Scham und aus Sorge vor Abhängigkeit.

Heftig war die Corona-Zeit. Maas wurde geradezu apathisch: „Ich sah kaum noch eine Perspektive.“ Einen Ausweg zeigte ihm ein Kommilitone. Der motivierte ihn, sich gesellschaftlich zu engagieren. Maas trat in die GEW ein, kämpft seitdem mit anderen für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte (TV Stud, s. Seite 20 f. in dieser E&W-Ausgabe). Sein Tief hat er damit zwar noch nicht ganz überwunden. Aber er sagt: „Ich finde es wichtig, sich solidarisch zu verhalten. Gemeinsam kann man etwas verändern. Ich versuche, Ohnmacht in Handeln zu wandeln.“

Stephan Lüke ■

SO FUNKTIONIEREN TARIFVERHANDLUNGEN





JETZT SIND DIE LANDESBESCHÄFTIGTEN DRAN!

OLIVER BRÜCHERT UND GESA BRUNO-LATOCHA
Referent und Referentin Tarif- und Beamtenpolitik
beim GEW-Hauptvorstand

Rund ein halbes Jahr nach dem Tarifabschluss zwischen Gewerkschaften sowie Bund- und Kommunen-Arbeitgebern startet Ende Oktober die Länder-Tarifrunde. Die Kolleginnen und Kollegen im Länderbereich – dazu zählt die Mehrheit der GEW-Mitglieder – erwarten einen Abschluss, der mit der Gehaltsentwicklung bei Bund und Kommunen Schritt hält und wichtige tarifpolitische Probleme angeht.

Die jüngste Länder-Tarifrunde fand im Herbst 2021 noch unter Corona-Bedingungen statt. Arbeitskämpfe und Protestmaßnahmen waren nur unter schwierigen Bedingungen und in eingeschränktem Umfang möglich. Das Ergebnis: eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro und eine Erhöhung der Gehaltstabellen um 2,8 Prozent, die im Dezember 2022 wirksam wurde. Die GEW bezeichnete dieses Ergebnis damals als „verantwortungsvollen Abschluss in schwieriger Zeit“. Niemand ahnte seinerzeit, dass schon ein Vierteljahr später Russland einen Angriffskrieg auf die Ukraine vom Zaun brechen würde, der die Energie- und Nahrungsmittelpreise explodieren ließ und einen allgemeinen Preisanstieg nach sich zog, wie wir ihn in Deutschland seit Jahrzehnten nicht erlebt haben.

Die Gehaltserhöhung von 2,8 Prozent erhielten im vergangenen Dezember Kolleginnen und Kollegen, die einen Arbeitsvertrag nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) haben – in der GEW vor allem angestellte Lehrkräfte, Beschäftigte an vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) in den Stadtstaaten Berlin und Bremen. Auch für die verbeamteten Lehrkräfte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der 15 Mitgliedsländer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) gab es diese Gehaltserhöhung am 1. Dezember 2022: Alle Bundesländer haben die 2,8 Prozent auf die Besoldung übertragen – zuletzt im Juli 2023 (!) rückwirkend zum 1. Dezember 2022 auch der Freistaat Sachsen. Das Land Hessen, das kein TdL-Mitglied ist, orientiert sich an seinem eigenen Tarifvertrag TV-H, der ähnliche Erhöhungen vorsah.

Vergleicht man den Abschluss von 2021 mit der allgemeinen Preisentwicklung von plus 6,9 Prozent im Jahr 2022 und voraussichtlich mindestens 5,3 Prozent im Jahr 2023, klafft hier eine erhebliche Lücke. Und weil die Preise anschließend nicht wieder auf das Niveau vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine fallen werden, muss diese Entwicklung beim anstehenden Tarifabschluss berücksichtigt werden.

Die Tarifabschlüsse der vergangenen zwölf Monate in anderen Branchen zeigen, dass über einmalig wirkende Sonderzahlungen hinaus auch kräftige, nachhaltige Gehaltszuwächse nötig und möglich sind.

Zwar haben die Entlastungspakete der Bundesregierung kurzfristig geholfen, die Preisanstiege abzufedern, und auch einige steuerliche Entlastungsmaßnahmen wirken >>>

IM FRÜHJAHR STREIKTEN ZAHLREICHE BESCHÄFTIGTE DES BUNDES UND DER KOMMUNEN – WIE HIER IN POTSDAM – VOR DER DRITTEN TVÖD-VERHANDLUNGSRUNDE FÜR MEHR LOHN. EIN ABSCHLUSS KAM ERST NACH EINER SCHLICHTUNG ZUSTANDE. AUCH DIE VERHANDLUNGEN FÜR EINEN NEUEN TARIFVERTRAG FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST DER LÄNDER DÜRFTEN NICHT EINFACH WERDEN.

Foto: Stefan Weitzel





PROFIS BRAUCHEN MEHR

>>> dauerhaft. Das reicht jedoch nicht, um langfristig eine positive Reallohnentwicklung zu erreichen. Die Tarifabschlüsse der vergangenen zwölf Monate in anderen Branchen zeigen, dass über einmalig wirkende Sonderzahlungen hinaus auch kräftige, nachhaltige Gehaltszuwächse nötig und möglich sind. Sie machen aber auch deutlich, dass die Preissteigerungen nicht in einem Schritt von den Tarifparteien ausgeglichen werden können – das ist selbst in stark organisierten Branchen wie der Chemie- sowie der Metall- und Elektroindustrie

nicht gelungen. Die Landesbeschäftigten schauen besonders auf die Gehaltsentwicklung bei Bund und Kommunen. Hier haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im April 2023 nach einer konfliktreichen Tarifrunde und einer Schlichtung einen guten Abschluss erreicht. Mit dem Juni-Gehalt 2023 erhielten alle Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichs-Sonderzahlung in Höhe von 1.240 Euro (Teilzeitkräfte anteilig). Von Juli 2023 bis Februar 2024 gibt es monatliche steuer- und abgabenfreie Sonder-

zahlungen in Höhe von 220 Euro. Ab März 2024 steigen die Gehälter um 200 Euro Sockelbetrag plus weitere 5,5 Prozent. Das entspricht einer dauerhaft wirksamen Gehaltserhöhung um 11,5 Prozent im Durchschnitt der Tabelle. Der Tarifvertrag läuft zwei Jahre.

Nachholbedarf gibt es für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) der Länder. Zwar wurde mit dem Tarifabschluss 2019 die sogenannte S-Tabelle auch in den Ländern eingeführt – mit den Werten, die seinerzeit für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen galten. Doch die weitere Gehaltsentwicklung orientierte sich an den Abschlüssen zum TV-L. Von den Verbesserungen, die die Gewerkschaften 2022 für die Beschäftigten des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes durchgesetzt haben, profitieren die im Landesdienst beschäftigten Kolleginnen und Kollegen nicht automatisch. Diese müssen in der anstehenden Länder-Tarifrunde erkämpft werden. Das gilt neben den Gehaltszulagen für viele SuE-Beschäftigte in Höhe von 130 bzw. 180 Euro auch für die zusätzlichen Entlastungstage.

Die Länder-Arbeitgeber mauern bei vielen wichtigen Forderungen der Gewerkschaften.

Das sind nur die ganz großen Themen. Darüber hinaus gibt es weitere Baustellen, die in der Länder-Tarifrunde dringend bearbeitet werden müssen:

- Die „stufengleiche Höhergruppierung“, also die Abschaffung des absurden „Rösselsprungs“. Dieser kann dazu führen, dass Beschäftigte bei einer Höhergruppierung Erfahrungsstufen verlieren und dadurch mittelfristig Gehalt einbüßen, obwohl sie höherwertige Aufgaben übernehmen. Im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen (TVöD) wurde die stufengleiche Höhergruppierung längst umgesetzt, ebenso für die Landesbeschäftigten in Hessen (TV-H). Nur die TdL mauert.
- Die Weiterentwicklung der tariflichen Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte (TV EntgO-L). Seit über vier Jahren weigert sich die TdL, ihre Zusage einzuhalten, mit der GEW über eine Fortentwicklung dieses Tarifwerks zu verhandeln.
- Eine tarifliche Regelung für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte. Diese sind vom Geltungsbereich des TV-L ausgenommen. Eine eigenständige Tarifregelung für diese Beschäftigtengruppe gibt es bislang nur in Berlin. In der Länderrunde 2021 gelang es, mit der TdL eine gemeinsame Bestandsaufnahme

der Beschäftigungsbedingungen für studentische Beschäftigte zu verabreden, die inzwischen fertig ist (siehe E&W 12/2022-1/2023 sowie Seite 20 f. in dieser Ausgabe). Jetzt müssen daraus endlich Konsequenzen gezogen werden.

Die TdL stellt sich bei diesen und vielen weiteren Themen quer, weil sie eine Änderung beim Thema „Arbeitsvorgang“ erzwingen will. Hierbei geht es um einen Grundpfeiler des tariflichen Eingruppierungsrechts. Wenn die TdL ihre Vorstellungen bei diesem Thema durchsetzen könnte, würde das für viele Beschäftigte zu schlechteren Eingruppierungen und somit zu einem niedrigeren Gehalt führen. Darauf können und werden die Gewerkschaften sich nicht einlassen.

Für einen Erfolg in der Tarifrunde braucht es eine starke Bewegung der Beschäftigten.

Es wird also kein Spaziergang, in dieser Tarifrunde einen guten Abschluss zu erreichen. Dafür braucht es eine starke Tarifbewegung. Alle Landesbeschäftigten sind aufgerufen, solidarisch zu sein: Im Bildungsbereich gilt das für Beschäftigte an Schulen und Hochschulen sowie im Sozial- und Erziehungsdienst der Länder, für Angestellte und Beamte – jede und jeder im Rahmen seiner und ihrer Möglichkeiten.

Auch pensionierte Lehrkräfte, die eine Beamtenversorgung beziehen, haben allen Grund, sich im Rahmen der Länderrunde für ihre Interessen stark zu machen. Zwar gibt es für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger keine Tarifbindung, aber die Gewerkschaften haben sich in der TVöD-Runde dafür eingesetzt, dass pensionierte Kolleginnen und Kollegen von den vereinbarten Sonderzahlungen ebenfalls profitieren. Mit Erfolg. Der Bund zahlt den Pensionärinnen und Pensionären einen Inflationsausgleich anteilig entsprechend ihres Versorgungssatzes, das heißt maximal 71,75 Prozent von 3.000 Euro. Die pensionierten GEW-Mitglieder sind daher gebeten, die Tarifkämpfe zu unterstützen und sich bei der anschließenden Besoldungsgesetzgebung dafür zu engagieren, dass die Länder ihre Versorgungsempfängerinnen und -empfänger nicht vergessen.

Am 11. Oktober werden die Gewerkschaften ihre Forderungen in einer Pressekonferenz verkünden. Die Tarifverhandlungen beginnen am 26. Oktober in Berlin. Weitere Verhandlungsrunden sind für den 2. und 3. November sowie vom 7. bis 9. Dezember in Potsdam geplant. ■



DIE TEUERUNGSRATE DER VERGANGENEN ZWEI JAHRE HAT DIE ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER STARK BELASTET.

Grafik: IMAGO/stop images

HÖHERE LÖHNE STABILISIEREN KAUFKRAFT UND KONJUNKTUR

FLORIAN MORITZ

Abteilungsleiter Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik beim DGB

Die nach wie vor hohe Inflation macht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schaffen. Höhere Löhne im öffentlichen Dienst sind daher unabdingbar. Angesichts der guten Lage der öffentlichen Haushalte dürfen sich die Länder den Gewerkschaftsforderungen nicht verweigern.

Die Inflation ist hartnäckiger als gedacht. Der Höhepunkt ist zwar überschritten, aber die Inflationsraten gehen langsamer zurück als erwartet. Im August lag der Verbraucherpreisindex hierzulande 6,1 Prozent über dem Wert des Vorjahresmonats. Die Preise sind damit genauso schnell gestiegen wie noch im Mai, wenn auch etwas weniger stark als in den Monaten Juni und Juli. Zwar fällt der Vergleich mit dem Vorjahr in Deutschland auch deshalb hoch aus, weil im Vergleichszeitraum 2022 das befristete 9-Euro-Ticket für den öffentlichen Perso-

nennungsverkehr die Preissteigerung besonders gedämpft hatte. Aber jenseits solcher deutscher Sondereffekte ist auch die Teuerungsrate in der Eurozone im August nicht zurückgegangen und bleibt hoch. Wirtschaftsforscher sagen für das Gesamtjahr 2023 in Deutschland eine Inflationsrate zwischen 5,3 und 6,6 Prozent sowie für das Jahr 2024 erneut Werte von bis zu 3 Prozent voraus.

Die hohe Inflation hat den privaten Konsum nachhaltig geschwächt. Es droht eine Rezession.

Seit mittlerweile zwei Jahren sind die Preissteigerungen außergewöhnlich hoch. Unterbrochene Lieferketten, die wirtschaftliche Erholung nach Corona und der Krieg in der Ukraine ließen Energie- und Verbraucherpreise steigen. Im vergangenen Jahr wuchsen die Verbraucherpreise insgesamt um 6,9 Prozent. Studien zeigen, dass viele Unternehmen die höheren Kosten nicht nur auf die Preise ihrer Produkte überwälzen konnten, sondern die Preise noch stärker anhoben, um Extra-Gewinne zu

erzielen. Entsprechend tragen vor allem die abhängig Beschäftigten die Last der Inflation. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Löhne im vergangenen Jahr zwar nominal um 2,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Abzüglich der Inflationsrate sanken die Löhne aber um 4 Prozent. Das ist der stärkste Reallohnverlust seit 2008.

In der Folge des Kaufkraftverlustes ist der private Konsum geschwächt. Weniger Güter und Dienstleistungen werden nachgefragt, das drückt die Konjunktur. Schon im ersten Vierteljahr des laufenden Jahres war der private Konsum preisbereinigt um 1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken. Im zweiten Quartal 2023 ging er dann erneut um 1,2 Prozent zurück. Laut Prognose des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) wird der private Konsumrückgang das Wirtschaftswachstum im Jahr 2023 insgesamt um 0,9 Prozentpunkte reduzieren. Angesichts der ebenfalls kriselnden Weltwirtschaft muss mittlerweile damit gerechnet werden, dass der Nachfrageeinbruch im laufenden Jahr zu einer Rezession führen wird. >>>

Sie geben alles.
Wir geben alles für Sie:
mit der DBV Kranken-
versicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Besonders als **Lehramtsanwärter:in** leisten Sie täglich viel im stressigen Schulalltag. Wir sichern Sie dabei von Anfang an ab mit den erstklassigen Leistungen der privaten **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe. Und das zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem/Ihrer persönlichen Betreuer:in in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter [dbv.de/beihilfe](https://www.dbv.de/beihilfe).



Sonderkonditionen
für Mitglieder der

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft **GEW**



Eine Marke der AXA Gruppe



>>> Es ist also auch für die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung gut, dass die Gewerkschaften gegensteuern und in den zurückliegenden Tarifrunden hohe Abschlüsse erreicht haben. So ist jüngst wieder eine Stabilisierung der Reallöhne erreicht worden. Im zweiten Quartal 2023 stiegen die Löhne preisbereinigt leicht um 0,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Ein Grund, im Druck nachzulassen, ist das allerdings nicht. Zum einen ist nicht garantiert, dass sich die positive Entwicklung der Reallöhne auch auf das Gesamtjahr überträgt. Zum anderen lassen sich mit einem Reallohn-Plus von 0,1 Prozent noch keine großen Sprünge machen. Angesichts der enormen Kaufkraftverluste in den vergangenen Jahren, der nach wie vor hohen Inflation und der notwendigen Stabilisierung von Nachfrage und Konjunktur, braucht es weiter deutlich steigende Löhne. Das gilt auch und gerade für den öffentlichen Dienst. Dieser muss schließlich dringend attraktiver werden, um im Wettbewerb um fehlende Fachkräfte mitzuhalten. Bereits heute fehlt im öffentlichen Dienst fast überall Personal. Allein im Bereich der Schulen fehlen Studien zufolge Tausende Lehrkräfte (s. E&W 12/2022-1/2023).

Die finanzielle Lage der Länder lässt deutliche Lohnsteigerungen zu.

Die Bundesländer können sich angemessene Lohnsteigerungen für ihre Beschäftigten ohne Probleme leisten. Denn sie befinden sich in einer vergleichsweise guten finanziellen Lage: Während der Bund krisenbedingt neue Schulden gemacht hat, haben die Länder in den vergangenen beiden Jahren Finanzierungsüberschüsse in Milliardenhöhe erwirtschaftet. 2022 überstiegen die Einnahmen der Länder die Ausgaben um 10,5 Milliarden Euro. Ihre Verschuldung haben die Länder im vergangenen Jahr abgebaut. Ihre Schuldenquote ist heute insgesamt niedriger als vor der Corona-Krise. Der Brutto-Schuldenstand der Bundesländer (ohne Abzug des Finanzvermögens) war im Jahr 2022 mit etwas mehr als 16 Prozent der Wirtschaftsleistung auf dem niedrigsten Niveau seit Mitte der 1990er-Jahre. Entsprechend treffen auch die mittlerweile gestiegenen Zinsen die Länder nicht so stark.

Diese stehen unter anderem deshalb gut da, weil die Kosten der verschiedenen Krisen in den vergangenen Jahren im Wesentlichen vom Bund geschultert wurden. Aber auch das Steueraufkommen hat sich gut entwickelt. Im Haushaltsjahr 2022 lagen die Steuereinnahmen auf



Ebene der Länder mit 385 Milliarden Euro um mehr als 8 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Der Anteil der Länder am Gesamtsteueraufkommen ist gestiegen und liegt mittlerweile seit 2020 über dem des Bundes. Das liegt insbesondere daran, dass den Bundesländern durch Gesetzesänderungen ein höherer Anteil am Umsatzsteueraufkommen zugeschrieben wurde.

Diese finanzielle Ausgangslage muss genutzt werden, um die Weichen für die Zukunft in den Bundesländern zu stellen: Es braucht einen modernen, gut ausgestatteten öffentlichen Dienst mit ordentlich bezahlten und motivierten Beschäftigten. Und es braucht Investitionen in eine gute Infrastruktur. Hier haben die Länder in der Vergangenheit zu Unrecht gekürzt. Das heißt



Foto: IMAGO/Jens Schicke

aber auch: Der Bund darf nicht auf die Idee kommen, den Ländern neue Belastungen aufzudrücken, nur um seine eigene finanzielle Situation zu verbessern und die Schuldenbremse einzuhalten. Die Schuldenbremse ist und bleibt eine Zukunftsbremse, die ohne Not den Handlungsspielraum des Staates beschränkt. Sie ist abzuschaffen oder zumindest so zu reformieren, dass kreditfinanzierte Investitionen wieder uneingeschränkt möglich werden.

Höhere Löhne im öffentlichen Dienst sind ein Gebot der Gerechtigkeit und stabilisieren Nachfrage und Konjunktur. Angesichts der guten Haushaltslage dürfen sich die Bundesländer mehr Geld für die Beschäftigten nicht verweigern! ■



AM 20.11.
IST KINDER-
RECHTETAG

SAVE OUR BLUE PLANET

UNICEF-AKTION FÜR SCHULEN ZUM KINDERRECHTE-TAG: Rund um den Internationalen Tag der Kinderrechte am 20.11. machen sich Schüler*innen für die Zukunft unseres Planeten stark! Jetzt anmelden und kostenloses Aktionspaket für Ihre Klasse erhalten.

**SEIEN SIE MIT IHREN SCHÜLER*INNEN DABEI!
MELDEN SIE SICH JETZT KOSTENLOS AN:
[UNICEF.DE/KINDERRECHTETAG](https://www.unicef.de/kinderrechtetag)**



**EUROPA
macht
SCHULE**

Wir bringen die Welt ins Klassenzimmer!

Sie sind Lehrkraft an einer Schule in Deutschland und würden gerne internationalen Austausch auch in Ihre Schulklasse bringen? Dann sind Sie bei **Europa macht Schule** genau richtig! Das Programm bringt internationale Studierende und Schulklassen zusammen. Gemeinsam gestalten sie ein Projekt und lassen den Gedanken des internationalen Austauschs auf ganz persönliche Weise lebendig werden.

Anmelden können sich Lehrkräfte jeder Jahrgangsstufe und Schulart ab Oktober.

Weiterführende Informationen:
www.europamachtschule.de
europamachtschule@daad.de



SEIT JAHREN VERSUCHEN STUDIERENDE UND GEWERKSCHAFTEN, MIT DEN LÄNDERARBEITGEBERN EINEN TARIFVERTRAG FÜR STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE ABZUSCHLIESSEN.

DER LANGE WEG ZUM TARIFVERTRAG

VERENA KERN

Co-Chefredakteurin von klimareporter° und freie Journalistin

Die studentischen Beschäftigten an den Hochschulen machen sich seit langem für einen Tarifvertrag (TV Stud) stark. Sie sind vom Tarifvertrag der Länder (TV-L) ausgeschlossen. Die Chancen stehen gut, dass diesmal Bewegung in die Sache kommen könnte.

Wenn Ende Oktober die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder beginnen, wird es erneut auch um die studentischen Beschäftigten an den

Hochschulen gehen. Diese sind mit einer ganz besonders schwierigen Situation konfrontiert, denn für sie gibt es – mit Ausnahme Berlins – bislang keinen Tarifvertrag, im Gegensatz zu anderen Hochschulbeschäftigten.

Diese Tariflücke hat Folgen: niedrige Löhne, unbezahlte Überstunden, Unsicherheit, fehlende demokratische Teilhabe. An vielen Hochschulen gelten die studentischen Beschäftigten nicht einmal als Personal, sondern werden unter „Sachmittel“ geführt. Weil es keine aussagekräftige Statistik gibt, lässt sich ihre Zahl nur anhand von Hochrechnungen schätzen. Demnach sind es mindestens 300.000 Menschen, möglicherweise auch 400.000.

Seit Jahren versuchen die Studierenden sowie GEW und ver.di, dieses Gerechtigkeitsdefizit zu beenden und mit den Länderarbeitgebern zu einem Tarifvertrag zu kommen. Bislang erfolglos. Doch das könnte sich in der bevorstehenden Tarifrunde ändern. „Die Chancen stehen



Foto: GEW

diesmal so gut wie nie“, sagt Ann-Kathrin Hoffmann, Bundessprecherin der Studierenden in der GEW. In acht Bundesländern steht mittlerweile im Koalitionsvertrag, dass die Landesregierungen sich für einen Tarifvertrag einsetzen, weitere Länder wollen Verbesserungen für die studentischen Beschäftigten. „Das sind zwar erst einmal nur politische Bekenntnisse und man muss schauen, wie weit sie tragen“, sagt Hoffmann, die bei den Tarifverhandlungen mit dabei sein wird. „Aber dass wir diese Bekenntnisse haben, das ist ein absolutes Novum und gibt uns Rückenwind.“

Bislang gibt es von den Arbeitgebern kein Signal, das auf ein „Ja“ zu einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte hindeuten würde.

Bei der Tarifrunde im November 2021 kam erstmals seit Jahren richtig Bewegung in die Sache, weil viele studentische Beschäftigte mit Aktionen und Demos öffentlich Präsenz zeigten. So konnten die Gewerkschaften beim Arbeitgeberverband, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), ein erstes kleines Zugeständnis durchsetzen. Die TdL erklärte sich zwar nicht zu Verhandlungen über einen Tarifvertrag bereit, immerhin aber wurde vereinbart, eine „Bestandsaufnahme über die Beschäftigungsbedingungen der studentischen Hilfskräfte“ zu erarbeiten (s. E&W 12/2022-1/2023).

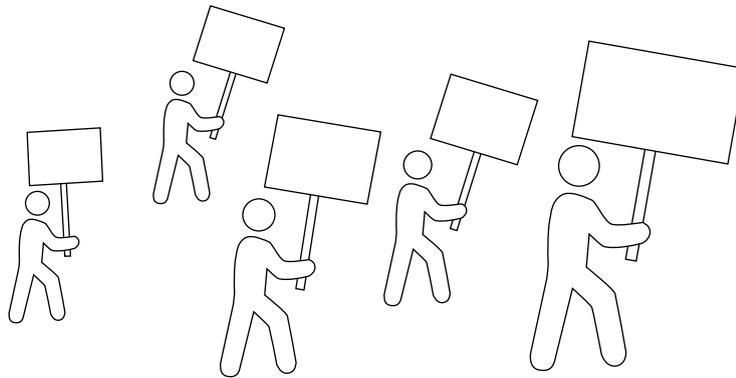
Diese zögerten die Arbeitgeber zunächst hinaus. Der Startschuss für die Bestandsaufnahme fiel erst über ein Jahr nach der Vereinbarung. Derzeit läuft der Prozess noch, die dritte und letzte Gesprächsrunde findet Anfang Oktober statt. Gewerkschaften und studentische Beschäftigte ergriffen deshalb die Initiative und sorgten selbst für eine Bestandsaufnahme. Sie organisierten eine große Befragung, an der über 11.000 Hilfskräfte teilnahmen, und stellten die Ergebnisse den Arbeitgebern vor. „Die Erkenntnisse sind ganz klar“, fasst Hoffmann zusammen, die auch an der Studie mitgewirkt hat. „Die Arbeitsbedingungen sind prekär – und das ist strukturell bedingt.“ Ein Tarifvertrag sowie längere Vertragslaufzeiten bei studentischen Beschäftigungsverhältnissen, auch das zeigt die Studie, wären die wirksamsten Mechanismen, um die Probleme zu beheben.

Bislang haben sich die Arbeitgeber nicht zu den Studienergebnissen positioniert. Das soll erst beim dritten Termin zur Bestandsaufnahme kurz vor Beginn der Tarifverhandlungen für die Länder geschehen. „Dann werden wir sehen, ob die Arbeitgeber ihre Blockadehaltung beenden“, sagt Hoffmann. Erforderlich ist dafür ein mehrheitlicher Beschluss der TdL. Sehr wahrscheinlich ist das nach derzeitigem Stand allerdings nicht. Bislang gibt es von den Arbeitgebern kein Signal, das auf ein „Ja“ zu einem Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten hindeuten würde.

Hoffmann ist dennoch optimistisch. „Wir haben nicht nur die besseren Argumente, die Studienlage ist eindeutig. Wir haben auch viel Strukturaufbau an der Basis geleistet, sodass wir uns erhoffen, noch größeren öffentlichen Druck zu erzeugen, damit aus den politischen Bekenntnissen auch etwas folgt.“

Neben der Tarifierung als wichtigstem Ziel soll es weitere Forderungen für studentische Beschäftigte geben. Welche das im Einzelnen sind, wird derzeit mit einer Befragung dieser Gruppe ermittelt. Dazu gehören höhere Löhne, längere Vertragslaufzeiten, mehr Urlaubstage. „Wir wollen möglichst viele studentische Beschäftigte mitnehmen“, erläutert Hoffmann. Die Befragung läuft bis Ende September. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe der E&W gab es bereits fast 5.000 Fragebögen, die die studentischen Beschäftigten ausgefüllt zurückgeschickt hatten. Die Auswertung soll Anfang Oktober vorliegen. Am 10. Oktober beschließt die GEW-Bundestarifkommission dann, welche Forderungen die GEW mit in die Tarifrunde nimmt. ■

„WIR KÖNNEN NICHT MEHR“



KATJA HANKE
freie Journalistin

Rund 25.000 Menschen beteiligten sich Ende September am bundesweiten Bildungsprotesttag und demonstrierten für eine Wende in der Bildungspolitik. Allein in Berlin gingen 7.000 Menschen auf die Straße.

Zum bundesweiten Bildungsprotesttag aufgerufen hatte das Bündnis „Bildungswende JETZT!“ – ein Zusammenschluss aus über 180 Bildungsorganisationen, Gewerkschaften, darunter die GEW, sowie Eltern- und Schülervertretungen. Schon im Juni hatte das Bündnis in einem Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die Bundesregierung, an die Regierungschefinnen und -chefs der Länder und die Kultusministerkonferenz auf die tiefe Bildungskrise hingewiesen und vier Forderungen* für ein gerechtes, inklusives und zukunftsfähiges Bildungssystem aufgestellt. Denn das deutsche Bildungssystem ist veraltet, unterfinanziert und sozial ungerecht. Viele Kitas und Schulen können ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen, es fehlen in den nächsten Jahren 300.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie bis zu 160.000 Lehr-

kräfte. Jedes Jahr verlassen rund 50.000 junge Menschen die Schule ohne Abschluss.

Das Bündnis schlägt ein Sondervermögen Bildung von mindestens 100 Milliarden Euro als Anschubfinanzierung vor. „Die zusätzlichen Gelder sollen beispielsweise in den Ausbau des inklusiven Ganztags an Grundschulen fließen“, sagt GEW-Vorsitzende Maika Finnen. „Das ist ein zentrales gesellschafts- und bildungspolitisches Projekt der Ampelregierung, das gelingen muss.“ Die GEW-Vorsitzende betont außerdem, dass es dringend notwendig sei, die Zahl und die Qualität der Kitas weiter auszubauen. „Beide Maßnahmen sorgen für mehr Chancengleichheit, insbesondere für Kinder aus armen und bildungsfernen Familien“, so Finnen.

Neben dem Sondervermögen verlangt „Bildungswende JETZT!“ eine dauerhafte Finanzierung von Bildung und Forschung mit 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – genau wie es beim Dresdener Bildungsgipfel 2008



*Ich bin 34 Jahre alt
und habe schon viele Kolleginnen
in den Burnout gehen sehen.*



AILEEN HIRTHE,
ERZIEHERIN



Cartoon: Thomas Plagmann

vereinbart wurde. Außerdem fordert es eine bessere Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen, ein anderes Bildungssystem mit mehr Personal, multiprofessionellen Teams und überarbeiteten Lehrinhalten sowie einen Bildungsgipfel auf Augenhöhe.

Um die Forderungen zu unterstreichen und in die Öffentlichkeit zu tragen, rief das Bündnis „Bildungswende JETZT!“ zum bundesweiten Bildungsprotesttag am 23. September auf, der in 29 Städten stattfand. In Berlin protestierten nach Angaben der Veranstalter 7.000 Menschen. Dass sich der Protest nicht nur auf die dramatische Lage an Schulen, sondern auch auf die Missstände in Kitas bezog, war auf den ersten Blick zu erkennen: Im Protestzug liefen auffallend viele Eltern mit kleinen Kindern.

Und unter den Demonstrierenden waren viele Fachkräfte aus Kitas. Wer sich unter ihnen umhörte, erlebte ihre Verzweiflung ganz unmittelbar. „Wir können nicht mehr“, stand auf dem selbst geschriebenen Schild der Kita-Erzieherin Aileen Hirthe. „Ich bin 34 Jahre alt und habe schon viele Kolleginnen in den Burnout gehen sehen“, sagt sie und berichtet, dass vor allem Kinder mit Entwicklungsverzögerungen nicht richtig betreut werden könnten, da es zu wenige Fachkräfte gebe. „Ich muss immerzu weinende Kolleginnen trösten.“

Wie sich der Lehrkräftemangel auf die Grundschulbildung auswirkt, erlebt Vater Tom Rochau regelmäßig. Mit

seiner Tochter, die in die 2. Klasse geht, demonstrierte er für kleinere Klassen und bessere Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte. „In ihrer Klasse sind 26 Kinder“, sagt Rochau. „Die Lehrerin hat so wenig Zeit, dass die Kinder oft Aufgaben machen, die sich dann aber niemand ansieht.“ Es müssten viel mehr junge Menschen für den Beruf gewonnen werden, meint er.

Die Veranstalter kritisierten, dass durch den Personalmangel an Schulen vor allem die Inklusion leide. Deshalb lief Manuela Frenz von der Elterninitiative „Bündnis für Inklusion“ im Protestzug mit. „Es wird immer schlimmer mit der Nicht- und Teilbeschulung“, sagt sie, „besonders von Kindern mit dem Förderbedarf geistige Entwicklung.“ Grundschullehrerin Rebecca Herzog berichtet von „erbärmlichen Bedingungen“, unter denen sie arbeitet. „Wir haben viele Kinder mit Förderbedarf geistige Entwicklung, für die wir aber niemanden abstellen können“, sagt sie. „Also laufen diese Kinder einfach in Klassen von über 20 Kindern mit. Manche neigen dann zu Gewalt oder laufen weg, weil sie unterversorgt sind.“

Es muss viel geschehen, um aus der Bildungskrise hin zu einer Bildungswende zu kommen. Ein Anfang ist getan. Einen Tag nach dem Bildungsprotest zogen die Veranstalter eine positive Bilanz. „16 Bundesländer, 29 Städte, 25.000 Menschen“, heißt es auf der Webseite, „ein fetter Erfolg.“ ■

*Weitere Infos zum Bündnis und zu den Forderungen: www.schule-muss-anders.de/bildungsprotest-2023

„OHNE EINE KAMPAGNE WIRD ES NICHT FUNKTIONIEREN!“

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Die Bundesländer sind verpflichtet, künftig die Arbeitszeit der Lehrkräfte erfassen zu lassen. Wie soll das geschehen? Welche Chancen ergeben sich daraus, die gesundheitsbedrohenden, enorm langen Wochenarbeitszeiten zu reduzieren? Eine zweitägige GEW-Tagung in Kassel erarbeitete erste Vorschläge.

Der GEW-Landesverband Berlin hat gerade eine Arbeitszeitstudie für Lehrkräfte gestartet. Seit Mitte August werden dort deren Arbeitszeitdaten erfasst. Die Arbeitszeit der Lehrkräfte sei „strukturell zu hoch“, betonte Frank Mußmann von der Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Uni Göttingen, der für die Untersuchung in der Hauptstadt verantwortlich zeichnet. Laut einer Studie von 2021 liege sie im bundesweiten Durchschnitt bei 49 Stunden und 56 Minuten pro Unterrichtswoche. Dies habe mit den „neuen Aufgaben“ zu tun, die zusätzlich zum Unterricht zu erledigen seien, zum Beispiel „Lernstands-Dokumentationen“, „Administration bei der Nutzung digitaler Techniken“ oder die „Betreuung und Kommunikation von Schülerinnen und Schülern mit Flucht- oder Migrationshintergrund“. Mußmann verwies auf das Deputats- oder Pflichtstundenmodell, das in den meisten Bundesländern praktiziert

wird und lediglich die Zahl der Unterrichtsstunden pro Woche vorschreibt – nicht aber die tatsächliche Wochenarbeitszeit. Dies sei „nicht mehr zeitgemäß“.

Die Arbeitszeiterfassung darf nicht zu einer Leistungs- und Verhaltenskontrolle führen.

Mark Rackles, Bildungsexperte und Ex-Staatssekretär beim Land Berlin, plädierte dafür, das Deputatsmodell durch ein „Jahresarbeitszeitmodell“ zu ersetzen. Dies definiert eine „Soll-Arbeitszeit“ pro Schulwoche. Kommt es zu Überstunden, könnten diese ausbezahlt oder durch Ausgleichsstunden abgegolten werden. Dieses Modell sei transparent und flexibel. Wie die „Soll-Arbeitszeit“ auf die einzelnen Tätigkeiten verteilt wird, müsse in jeder Schule ausgehandelt werden. „Wir haben Schulen, an denen der Aufwand für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts deutlich kleiner ist und der Aufwand für Elterngespräche oder Soziales erheblich höher“, sagte Rackles.

Einigkeit herrschte unter den gut 80 Teilnehmenden der Konferenz, dass die Arbeitszeiterfassung nicht zu einer Leistungs- und Verhaltenskontrolle führen dürfe. „Nur Anfang und Ende der Arbeitszeit und die Pausen sollen erfasst werden“, forderte Elke Suhr, Landesvorstandssprecherin der GEW Bremen. Wichtig sei, „dass wir zusätzlich für uns feststellen, was machen wir wann“. Ingo Doßmann, GEW Sachsen-Anhalt, betonte: „Zu erfassen ist auch, dass ich in der 10-Minuten-Pause loshetze, um den Unterrichtsraum vorzubereiten.“ Eine Teilnehmerin berichtete von Kolleginnen und Kollegen, „die eine längere Anreise haben und schon im Zug Schülerarbeiten korrigieren“. Auch diese Tätigkeit müsse erfasst werden.

LEHRKRÄFTE ARBEITEN DEUTLICH MEHR ALS 40 STUNDEN PRO WOCHE. EINE SYSTEMATISCHE ERFASSUNG DER ARBEITSZEIT KÖNNTE DIE BELASTUNGEN REDUZIEREN.

>>> Fortsetzung von Seite 24

Eine weitere Frage lautete, wie sich das bisherige Pflichtstundenmodell weiterentwickeln lässt. Einhellige Position: „Wir wollen runter mit den Arbeitsstunden.“

Mitbestimmung der Beschäftigten wichtig

Ziel sei die 40-Stunden-Woche. Eberhard Brandt, ehemaliger Vorsitzender der GEW Niedersachsen, erklärte: Dies lasse sich auch mit dem Pflichtstunden- oder Deputatsmodell erreichen. Brandt verwies auf die Rolle von Entlastungsstunden – wer sich um Verwaltungsaufgaben, Schulentwicklung oder die IT kümmert, unterrichte entsprechend weniger. Entscheidend sei, dass für diese Entlastungsstunden künftig „ein erhebliches Volumen vorgesehen ist“. Welche Tätigkeiten mit wie vielen Entlastungsstunden abzugelten sind, diese komplizierte Frage blieb offen. „Entscheidend ist eine schlagkräftige Mitbestimmung“, war man sich in Kassel einig. Und wenn die Bundesländer zu einer „Verzögerungstaktik“ greifen und die Arbeitszeiterfassung verschleppen? Wenn die enorme Belastung durch die vielen Arbeitsstunden bleibt? „Ohne eine Kampagne wird es nicht funktionieren!“, betonte Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik. „Das muss unser gemeinsames Ding werden.“ ■

Weitere Infos zum Thema Lehrkräftearbeitszeit: gew.de/ew-10-23



NACHWUCHS... SCHULGARTENHUMOR

LÄNDER BILDEN LEHRKRÄFTE WEIT UNTER BEDARF AUS

GESA BRUNO-LATOCHA

Referentin Tarif- und Beamtenpolitik beim
GEW-Hauptvorstand

*Erneut haben die 16 Bundesländer
weit weniger Lehrkräfte ausgebildet
als neu eingestellt wurden. Das*

*zeigen die Zahlen für 2022, die die
Kultusministerkonferenz (KMK) Ende
Juni veröffentlicht hat.*

Die Zahl der Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes – also des Regelweges in den Lehrkräfteberuf – ist im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um fast 1.300 auf 27.350 gesunken. Das ist in Zeiten eines zunehmenden Lehrkräftemangels ein sehr problematischer Befund. Die Zahl der neu eingestellten Lehrkräfte liegt mit 33.566 um mehr als 20 Prozent darüber. Rund 6.200 der neu eingestellten Lehrkräfte sind damit nicht voll ausgebildet. Diese Zahl ist höher als 2021, aber niedriger als 2016 bis 2019, da lag die jährliche Lücke zwischen 6.400 und 8.200.

Zusätzlich weist die KMK in ihrer Veröffentlichung rund 3.100 „sonstige (unbefristete) Lehrkräfte (ehemals Seiteneinsteiger)“ aus. Seit 2020 differenziert sie hier zwischen sonstigen Lehrkräften „mit einem Hochschulabschluss auf Masterniveau“ und „Übrigen“. Letztere machen mit fast 1.300 Menschen mehr als ein Drittel dieser Summe aus. Spannend wäre zu wissen, mit welchen Bewerberinnen und Bewerbern der Rest der Lücke geschlossen wurde, doch das geht aus den Zahlen nicht hervor. Nicht zu den „Einstellungen“ rechnet die KMK befristet eingestellte Lehrkräfte (Vertretungskräfte). Deren Zahl und Zusammensetzung wird nirgends veröffentlicht.

GEW-Landesverbände: Freie Stellen blieben unbesetzt.

Besonders beunruhigt, dass die KMK selbst noch im März 2022 den Lehrkräftebedarf für das Jahr 2022 mit insgesamt 36.743 Menschen angegeben hatte. Auch wenn die Lieferung der Grunddaten für die KMK-Prognose schon 2021 erfolgt sein dürfte, weist die deutliche Diskrepanz zu den tatsächlich realisierten Einstellungen (dies bedeutet eine Lücke von 3.177 Menschen bzw. 8,6 Prozent) darauf hin, dass die Bundesländer nicht alle geplanten Einstellungen auch umsetzen konnten. Dies deckt sich mit den Berichten der GEW-Landesverbände, wonach 2022 in erheblichem Umfang freie Stellen nicht besetzt worden sind.

Die Veröffentlichung der KMK enthält auch Daten für die einzelnen Länder. Hier zeigen sich zum Teil erhebliche Abweichungen von den Bundeswerten. Auffällig ist zum Beispiel der hohe Anteil der Neueinstellungen am gesamten Lehrkräftebestand in Mecklenburg-Vorpommern, der seit drei Jahren über 8 Prozent beträgt, im Bundesdurchschnitt aber nur bei knapp 5 Prozent liegt. Das korrespondiert mit dem höchsten Anteil von Lehrkräften

im Alter von 60 Jahren und älter, der im Land 2021 bei 17 Prozent lag – gegenüber 11,2 Prozent im Bundesdurchschnitt. Ebenfalls auffällig ist der durchschnittliche Beschäftigungsumfang in Hamburg, der schon bei den Neueingestellten nur bei 81 Prozent liegt (bundesweit: 94 Prozent) – das passt zu dem auch für die gesamte Lehrerschaft höchsten Teilzeitanteil von fast 50 Prozent in Hamburg. Besonders viele Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger – noch vor Berlin und den ostdeutschen Bundesländern – wurden im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg eingestellt, dort mehrheitlich für die beruflichen Fächer.

Besonders Sachsen und Hessen bilden über den eigenen Bedarf hinaus aus.

Erstaunlich groß sind die Unterschiede zwischen der Zahl der ersten Staatsexamina, die abgelegt wurden, und der Zahl der Einstellungen in den Vorbereitungsdienst: Während Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und das Saarland viele Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus anderen Bundesländern anziehen konnten – im Saarland lag der Wert bei 213 Prozent! – haben die anderen Bundesländer mehr Studierende ausgebildet, als sie in den Vorbereitungsdienst eingestellt haben. Besonders groß ist der „Schwund“ in Sachsen (über 20 Prozent) und Hessen (über 16 Prozent).

Seit 2020 weist die Darstellung der KMK die Einstellung von Menschen mit einem „nicht lehramtsbezogenen Studienabschluss“ in den Vorbereitungsdienst aus. Dieser liegt im Bundesschnitt bei 4,2 Prozent, in Berlin mit 17,2 Prozent weit darüber. Dies ist dem dort seit Jahren etablierten Quereinstiegsprogramm mit berufsbegleitendem Vorbereitungsdienst geschuldet. Ebenfalls Werte von über 10 Prozent weisen die Länder Saarland und Schleswig-Holstein auf.

Nach den bislang vorliegenden Informationen aus den 16 Bundesländern hat sich zum Beginn des neuen Schuljahres 2023/24 die Zahl der nicht mit voll ausgebildeten Lehrkräften besetzten und der überhaupt nicht besetzbaren Stellen in allen Bundesländern nochmals erhöht. Nächsten Sommer werden wir auch diesen Befund im Nachhinein schwarz auf weiß bekommen – ganz leise und von der Öffentlichkeit kaum bemerkt von der KMK auf ihrer Internetseite eingestellt. ■

Die KMK-Statistik: gew.de/ew-10-23

„WIR HABEN UNS ZU WENIG UM DIE KITAS GEKÜMMERT“



Foto: Britta Huening

PROF. KAI MAAZ,
GESCHÄFTSFÜHRENDER DIREKTOR DES DIPF | LEIBNIZ-INSTITUT
FÜR BILDUNGSFORSCHUNG UND BILDUNGSINFORMATION

INTERVIEW: JÜRGEN AMENDT
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

In einem Beitrag für die GEW-Zeitschrift „DDS – Die Deutsche Schule“ analysieren Alexandra Marx und Prof. Kai Maaz, wie sich Bildungsungleichheiten im Schulsystem verringern lassen. Untersucht haben sie unter anderem die Effekte von Schulentwicklungsprogrammen. Zu welchem Ergebnis die beiden gekommen sind, erläutert Prof. Maaz im E&W-Interview.*

E&W: Anfang der 2000er-Jahre attestierte die erste PISA-Studie dem deutschen Schulsystem einen starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Trotz aller Reformbemühungen ist es bis heute nicht gelungen, diesen Zusammenhang aufzulösen. Woran liegt das?

Prof. Kai Maaz: Es gab durchaus Erfolge: Der Anteil der kompetenzschwachen Schülerinnen und Schüler sank in den ersten zehn Jahren nach der ersten PISA-Studie. Allerdings blieb der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg im Vergleich zu anderen Industrienationen nach wie vor hoch. Eine einzige Ursache für diese insgesamt unerfreuliche Entwicklung gibt es nicht. Ein Grund liegt möglicherweise darin, dass sich die bildungspolitischen Aktivitäten häufig nur

auf die Bereiche konzentrieren, in denen die Bildungsungleichheiten jeweils aktuell sichtbar werden. Die Kompetenzunterschiede bei den 15-Jährigen werden aber nicht geringer, wenn man sich in den Bildungsprogrammen auf die Sekundarstufe I konzentriert. Wenn festgestellt wird, dass die Chancengleichheit beim Übergang auf die weiterführenden Schulen besonders niedrig ist, dann wird man diesen Missstand nicht beheben können, wenn man mit den Bemühungen zum Abbau von Ungleichheiten erst am Ende der Grundschulzeit ansetzt. In den vergangenen 20 Jahren wurde zu Recht auf die Entwicklung des Unterrichts geschaut, und hierzu liegen mittlerweile auch profunde Erkenntnisse vor. Wir haben aber meines Erachtens drei Dinge zu wenig beachtet: Durch den Fokus auf Unterricht ist erstens der systemische Blick auf die spezifischen Rahmenbedingungen der Schule vor Ort zu kurz gekommen. Wir haben zweitens den Bildungs- und Sozialisationsorten neben der Schule zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Und drittens haben wir uns trotz eines bedeutenden Ausbaus an Kita-Angeboten viel zu wenig um den Bildungsauftrag in diesem Bereich gekümmert.

E&W: Man müsste die Kinder also konsequent bereits in der Kita besser fördern?

Maaz: Ja, wir wissen mittlerweile, dass die Unterschiede bei Bildungskompetenzen schon bei Zweijährigen festzustellen sind, zum Beispiel beim Spracherwerb. Es ist also notwendig, dass die Bildungsforschung und die Politik künftig der frühkindlichen Bildung eine besondere Beachtung schenken und die Politik mit Maßnahmen gegen Bildungsungleichheit dort ansetzt – und nicht erst in der Schule.

E&W: Hat die Politik das Problem erkannt?

Maaz: Sie hat zumindest erkannt, dass dieses Land es sich nicht leisten kann, weiterhin einem Teil der Jugendlichen Lebens- und Entwicklungschancen zu rauben und ein Potenzial, auf das diese Gesellschaft angewiesen ist, weiterhin brach liegen zu lassen. In den vergangenen Jahren gab es im Bereich der Unterrichtsentwicklung an den Grundschulen viele Programme, um Basiskompetenzen zu fördern. Im frühkindlichen Bereich herrscht meines Erachtens noch großer Handlungsbedarf.

E&W: Ein Bestandteil der Reformen nach dem sogenannten PISA-Schock war die Entwicklung von Bildungsstandards und Schulleistungsvergleichstests. Welchen Effekt hatten diese beiden Maßnahmen, um Bildungsungleichheit zu verringern?

Maaz: Bildungsstandards und Vergleichsstudien sind wichtige Bausteine, um Bildungsungleichheiten abzubauen. Es müssen aber auch die richtigen Konsequenzen gezogen werden. Sicherlich ist es hilfreich, wenn Lernstände frühzeitig diagnostiziert werden und auf Förderbedarfe hingewiesen wird. Dann darf es aber nicht bei der Diagnose bleiben; es müssen auch rasch entsprechende Schritte für eine bessere individuelle Förderung der Kinder umgesetzt werden. Diesbezüglich gibt es zwischen den 16 Bundesländern große Unterschiede.

E&W: Muss der Fokus bei den Bemühungen, Bildungsungleichheit abzubauen, stärker darauf gerichtet werden, wie es den Schulen gelingt, ein gutes Lernklima zu schaffen? Ein Klima, das nicht unbedingt Spitzenleistungen hervorbringt, aber etwa soziale Kompetenzen, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Belastbarkeit und Resilienz fördert?

Maaz: Ja, ich würde die sozialen und kognitiven Kompetenzen jedoch nicht gegeneinander ausspielen wollen. Beides ist wichtig; wer nur über gute soziale Kompetenzen verfügt, aber geringe Wissenskompetenzen hat, wird später im Leben seine Probleme bekommen.

E&W: Wodurch zeichnen sich nach Ihren Beobachtungen Schulen aus, denen es besser als anderen gelingt, sozial bedingte Nachteile auszugleichen?

Maaz: Durch einen kooperativen, transparenten Führungsstil der Schulleitungen; durch ein kontinuierliches Erheben von Daten zum Monitoring des Lernerfolgs und -fortschritts der Schülerinnen und Schüler; durch eine Schulkultur, die einerseits hohe Leistungsanforderungen an die Schülerinnen und Schüler stellt, andererseits aber für ein wertschätzendes und vertrauensvolles Lernklima sorgt; durch einen klaren Fokus auf den Unterricht als Kernaufgabe der Schule, von dem unseren Beobachtungen nach Kinder und Jugendliche an Schulen mit herausfordernden sozialen Lagen besonders profitieren, sowie durch die Nutzung externer Unterstützungsstrukturen wie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsanbietern.

>>>

>>> **E&W:** Außerschulische Bildungsanbieter verschärfen eher die Bildungsungleichheit. Den privaten Klavierunterricht können sich ärmere Eltern nicht leisten.

Maaz: Ja, und gerade deshalb muss sich die Schule mit solchen Angeboten im sozialen Umfeld kohärent vernetzen und diese allen Kindern zur Verfügung stellen. Wir haben vor einigen Jahren die Partizipation an Bildungsangeboten im vorschulischen Bereich untersucht. Das Ergebnis, dass Kinder aus formal höher gebildeten Elternhäusern häufiger an musikalischer Früherziehung teilnehmen als Kinder schlechter gebildeter Eltern, war erwartbar. Überrascht hat mich, dass dieser Effekt auch bei der Teilnahme an Sportangeboten festzustellen war. Auch in Sportvereinen geht es ja nicht nur darum, dass die Kinder zum Beispiel Fußball spielen; sie kommunizieren miteinander, bewegen sich aus ihrem Stadtteil heraus, die Eltern bauen soziale Netzwerke auf. Es gibt bei den außerschulischen Bildungsanbietern zudem einen Bereich, der meines Erachtens zu wenig Beachtung erhält: die Lerntherapie. Wirksame Angebote etwa gegen eine Lese-Rechtschreibschwäche müssen in der Regel von den Eltern selbst organisiert und finanziert werden. Auch hier sind Eltern mit einem guten Bildungshintergrund im Vorteil, da sie gut ausgebaute Netzwerke und Unterstützungsangebote haben, von der Finanzierung ganz zu schweigen. Wichtig wäre also, dass lerntherapeutische Angebote strukturell an die Schule andockt werden. Dies hätte für die Kinder den Vorteil, dass sie die Förderung direkt vor Ort erfahren und damit keine langen Wege haben, die oft mit zusätzlichem Unterrichtsausfall verbunden sind. Auch Lehrkräfte und Lerntherapeuten könnten sich direkt austauschen. Zudem müssten die finanziellen Belastungen der Familien durch solche Angebote reduziert werden.

E&W: Die Politik versucht verstärkt, Schulen in schwierigen sozialen Lagen mit Programmen zur Schulentwicklung zu unterstützen. Eines dieser Programme ist das Berliner Bonus-Programm, mit dem seit 2014 Schulen an sozial benachteiligten Standorten gefördert werden. Ihre Evaluation des Programms fiel zwiespältig aus. Einerseits stellten Sie Erfolge wie ein besseres Schulklima fest, andererseits kritisierten Sie, dass es kaum positive Effekte mit Blick auf bessere individuelle Leistungen der Kinder und Jugendlichen gibt. Sind Maßnahmen wie das Bonus-Programm deshalb ein Misserfolg?



Maaz: Nein, der Ansatz des Berliner Programms, Schulen zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, über die diese eigenverantwortlich verfügen dürfen, ist erstmal richtig. Aber Geld allein macht weder den Unterricht besser, noch führt es zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Mehr Eigenverantwortung auch mit zusätzlichen Budgets setzt voraus, dass man die Schulen in die Lage versetzt, mit dieser Eigenständigkeit auch umgehen zu können. Schulen benötigen also eine kontinuierliche Begleitung und Unterstützung von außen. Am Berliner Bonus-Programm, aber auch an anderen, ähnlich strukturierten Projekten fällt auf, dass gerade die Schulen erfolgreich die Bildungsungleichheit bekämpfen, denen die



IM DEUTSCHEN BILDUNGSSYSTEM LÄUFT VIELES NICHT GUT. TROTZ ALLER REFORMBEMÜHUNGEN SEIT DEM SOGENANNTEN PISA-SCHOCK VOR MEHR ALS 20 JAHREN IST DIE BILDUNGSUNGLEICHHEIT NOCH GRÖßER GEWORDEN.

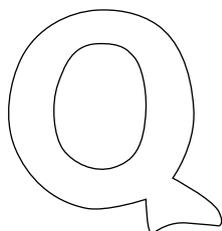
Freiräume gelassen werden, aus einem Bündel von Maßnahmen auszuwählen. An der einen Schule ist es möglicherweise die Unterrichtsentwicklung, die an erster Stelle steht, an einer anderen das außerschulische Lernen. Es bringt wenig, sich auf die Förderung etwa von Mathekompetenzen zu fokussieren, wenn es vorher nicht gelungen ist, die Prozessqualität der Schule zu verbessern, zum Beispiel die Kooperationsstrukturen innerhalb des Kollegiums oder die Lernkultur. Die vielleicht größte Herausforderung ist aber, im System vernetzt zu agieren. Es geht gar nicht darum, das x-te Förderprogramm zu entwickeln, sondern die Unterstützungsmaßnahmen, die da sind, miteinander kohärent zu vernetzen.

E&W: Das alles ist aber nicht zum Nulltarif zu haben. Bildung kostet, das System ist aber seit Jahrzehnten unterfinanziert.

Maaz: Stimmt. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, dass das Bildungssystem insgesamt besser finanziert wird. Aber auch das vorhandene Geld ließe sich besser einsetzen, indem man gerade Schulen in benachteiligten Sozialräumen besser ausstattet. Denn eines haben unsere Untersuchungen gezeigt: Schulen sind zentrale Akteure, um Bildungsungleichheiten zu reduzieren. ■

* „Wie lassen sich Bildungsungleichheiten effektiv verringern? Ein Forschungsüberblick zu Schulentwicklung in herausfordernden Lagen“, DDS – Die deutsche Schule, Heft 3/2023: gew.de/ew-10-23

„QUALITÄT GEHT NUR MIT QUALIFIKATION“



NADINE EMMERICH
freie Journalistin

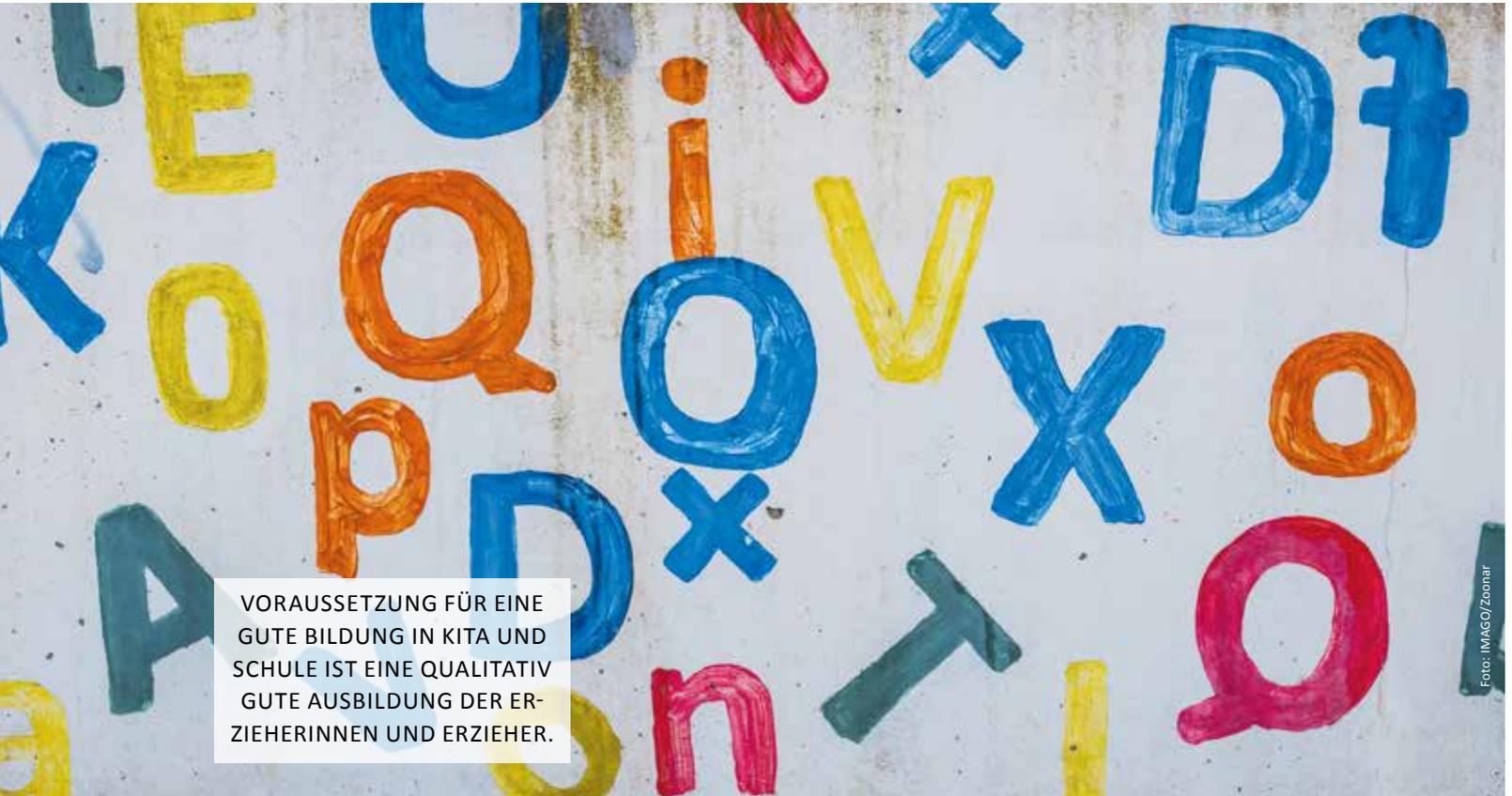
Der Zugang zum Beruf der Erzieherin oder des Erziehers muss eine Breitbandausbildung bleiben – und zwar auf DQR6-Niveau (Deutscher Qualifikationsrahmen). Das ist eine zentrale Forderung der GEW.

GEW und Kultusministerkonferenz (KMK) wollen künftig bei der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher zusammenarbeiten. Das GEW-Vorstandsmitglied für Jugendhilfe und Sozialarbeit, Doreen Siebernik, sagte Anfang September bei der Fachveranstaltung „Qualität geht nur mit Qualifikation“ in Berlin an die Adresse der teilnehmenden KMK-Präsidentin Katharina Günther-Wünsch (CDU) gerichtet, die „Expertinnen und Experten des Alltags“ müssten gehört werden. Die Bildungsgewerkschaft wolle mit der KMK ins Gespräch kommen und wünsche sich, dass diese „Türen öffne“. Günther-Wünsch antwortete, sie werde „die gereichte Hand gern ergreifen“. Die Berliner Bildungssenatorin

wurde sogar sehr konkret: Die GEW solle ihr die Ergebnisse der Tagung zukommen lassen, sie werde diese mit in die erste gemeinsame Sitzung von KMK und Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 13. Oktober nehmen. Themen werden dort unter anderem die frühkindliche Bildung, der Übergang von der Kita in die Primarstufe und die Umsetzung des Ganztagsanspruchs sein. Siebernik kündigte während der Tagung an, die Bildungsgewerkschaft habe mit Blick auf das Treffen zwei Grundsatzpapiere in Arbeit: Stichworte seien #mehrErzieherinnen und „15 gute Gründe für den guten Ganztag“. Für die GEW war zudem eine Aussage der KMK-Präsidentin wichtig: das Festhalten an der generalistischen Ausbildung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum Erzieher. Diese qualifiziert für den Einsatz in den Arbeitsfeldern Kindertageseinrichtungen, Kinder- und Jugendarbeit, Hilfen zur Erziehung sowie sozialpädagogische Tätigkeiten in der Schule. Damit verbunden ist ein Erhalt des Niveaus 6 des DQR, das dem eines Bachelorstudiums entspricht.

Doppelter Fachkräftemangel

Unterdessen ist das System mit dem Dilemma des doppelten Fachkräftemangels konfrontiert. Es fehlen nicht nur Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, sondern auch Lehrkräfte an den Fachschulen, die angehende Fachkräfte ausbilden. Wie also lassen sich schnell mehr



VORAUSSETZUNG FÜR EINE GUTE BILDUNG IN KITA UND SCHULE IST EINE QUALITATIV GUTE AUSBILDUNG DER ERZIEHERINNEN UND ERZIEHER.

Foto: IMAGO/Zoomar

Erzieherinnen und Erzieher gewinnen, ohne Abstriche an deren Qualifikation zu machen? Die Ansätze, die in Berlin debattiert wurden, reichten vom Quereinstieg über mehr Durchlässigkeit und Aufstiegschancen bis zur Einstellung der Kindheitspädagoginnen und -pädagogen als Lehrkräfte an Fachschulen.

Das Ausbildungsfeld der frühen Bildung ist zudem in den vergangenen Jahren unübersichtlicher geworden. Es gibt Fachschulen und -akademien für Sozialpädagogik, Berufsfachschulen für Sozialwesen, Hochschulen, die etwa Früh- oder Sozialpädagogik anbieten, die vergütete Praxisintegrierte Ausbildung (PiA), Teilzeit- und berufsbegleitende Modelle.

Um neue Zielgruppen zu gewinnen, seien eine Vielzahl von Formaten entwickelt, Zugangswege diversifiziert, Aufnahmevoraussetzungen aufgeweicht und Ausbildungszeiten durch Anrechnungszeiten verkürzt worden, sagte Prof. Kirsten Fuchs-Rechlin, Projektleiterin der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF). Die Qualifikationsstruktur des Personals bleibe zwar stabil, es gebe jedoch eine „Dequalifizierung auf der Hinterbühne“. Zugleich seien die Fachschulen wegen fehlender Lehrkräfte an ihren Kapazitätsgrenzen angekommen.

Um diesen Tendenzen entgegenzuwirken, veröffentlichte die GEW das elf Seiten lange Positionspapier „Ausbildung der Erzieher*innen zukunftsfähig gestalten – Perspektiven öffnen!“. In diesem werden Forderungen für bundes-

einheitliche und damit vergleichbare Standards in der Qualifizierung formuliert. Dazu gehören neben dem Erhalt der Breitbandausbildung mit DQR-Stufe 6 eine Stärkung der Fachschulen sowie das Einhalten der Standards der KMK-Rahmenvereinbarung über Fachschulen auch für eine berufsbegleitende Ausbildung. Zudem müsse die Praxisintegrierte Form der Fachschulweiterbildung ausgebaut werden, so die GEW. Nach den Vorstellungen der Bildungsgewerkschaft tragen die Länder dabei die grundsätzliche Finanzierung, sodass Studierende weder Schulgeld noch Ausbildungsgebühren zahlen müssen.

GEW: Kindertagesbetreuung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Stärkung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung ist laut Positionspapier „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ von Bund, Ländern, Kommunen und weiteren Trägern der Einrichtungen. „Dazu brauchen wir eine Gesamtstrategie“, betonte Ralf Becker, GEW-Vorstandsmitglied Berufliche Bildung und Weiterbildung. Eine von Fuchs-Rechlin präsentierte Statistik zeigt: 2021 begannen 43.701 junge Menschen eine Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher – etwa doppelt so viele wie vor 15 Jahren. „Das ist ein gewaltiger Aufwuchs. Es stimmt nicht, dass der Beruf nicht attraktiv ist“, betonte sie. ■

Das GEW-Positionspapier finden Sie unter: gew.de/ew-10-23



BURNOUT UND WEITERE GESUNDHEITSGEFAHREN DROHEN

MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Eine GEW-Studie für Hamburg und Rheinland-Pfalz schlägt Alarm: Viele Schulleitungen arbeiten am Limit. Schulleiterinnen und -leiter müssen daher dringend entlastet werden.

Die bürokratischen Vorgaben, die Beschaffung von Personal sind Probleme, die mich immens belasten.“ – „Das Ministerium lässt uns alleine.“ – „Ich persönlich kann heute niemandem empfehlen, eine schulische Führungsposition zu übernehmen.“ Drei Aussagen, formuliert von Schulleiterinnen und Schulleitern vor allem aus Hamburg und Rheinland-Pfalz. „Befragung zu psychischen Belastungen bei der Arbeit“, heißt das

gemeinsame Projekt des GEW-Hauptvorstandes und der Landesverbände Hamburg und Rheinland-Pfalz. Ziel ist es, „eine Grundlage für die Gefährdungsbeurteilung von Schulleitungen zu erhalten“, so der GEW-Hauptvorstand.

Erstellt hat die Studie die Freiburger Forschungsstelle für Arbeitswissenschaften GmbH (FFAW). Sie nutzte den „Copenhagen Psychosocial Questionnaire“ (COPSOQ), einen 14-seitigen Fragebogen, der anonym ausgefüllt wird. Von März bis Mai beteiligten sich 796 Mitglieder von Schulleitungen. Zwei Drittel sind Frauen, ein Drittel ist männlichen Geschlechts. 47,7 Prozent arbeiten an Grundschulen, 14,9 Prozent an Gymnasien und jeweils 9,6 Prozent an Beruflichen Schulen und Förderschulen.

83,6 Prozent der Führungskräfte erklärten, dass sie „oft“ oder „immer“ mit hohem Tempo arbeiteten. 71,8 Prozent gaben an, „selten“ oder „nie“ Pausenzeiten einhalten zu können. Für 86,5 Prozent ist die Arbeit „in hohem Maß“ oder „in sehr hohem Maß“ emotional fordernd. Abgefragt wurde zudem die Aussage „Meine Leitungs-



Foto: IMAGO/Panthermedia

aufgaben geben mir keinen Freiraum für eine gründliche Vor- und Nachbereitung meines Unterrichts“: 80,8 Prozent erklärten, dies „trifft ziemlich zu“ oder „trifft sehr zu“.

Für 86,5 Prozent der Befragten ist die Arbeit „in hohem Maß“ oder „in sehr hohem Maß“ emotional fordernd.

All dies belastet die Gesundheit. 54,1 Prozent erklärten, dass sie „oft“ oder „immer“ körperlich erschöpft seien. Eine weitere Frage lautete: „Wie häufig kommen Sie zur Arbeit, obwohl Sie sich krank und unwohl fühlen?“ 44,6 Prozent antworteten mit „oft“ oder „immer“, weitere 30,6 Prozent mit „manchmal“. Gleichzeitig bringt die COPSOQ-Befragung ans Licht, dass Schulleitungen trotz allem viel Engagement für ihren Beruf aufbringen. Auf die Frage „Wie häufig sind Sie von Ihrer Arbeit begeistert?“ antworteten 55,8 Prozent mit „oft“ oder „immer“. Einerseits stark belastet, andererseits hochmotiviert – eine ungünstige Kombination. „Burnout-Symptome“, berichten denn auch die FFAW-Forscher, kämen bei Schulleitungen „deutlich häufiger vor“ als bei anderen Berufsgruppen. Für die GEW ist zwingend, dass etwas gegen die Gesundheitsgefährdung der Leitungskräfte an Schulen getan werden muss. Nötig seien „Entlastung durch zusätzliches Personal“, etwa durch IT-Administratorinnen und -Administratoren sowie Verwaltungsfachkräfte – und eine „bessere Bezahlung“. Auch gelte es, die Unterrichtsverpflichtung der Schulleitungen zu reduzieren. Dazu müsse der Lehrkräftemangel bekämpft werden. Entscheidend sei, die Arbeitgeber zu verpflichten, regelmäßig Belastungsstudien zu organisieren und Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. ■

Solidarität zeigen, Tafel-Arbeit unterstützen

TAFEL **DEUTSCHLAND**

Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE67 3702 0500 0001 1185 00
 BIC: BFSWDE33XXX
 Stichwort: Tafel stärken – Kindern helfen

Spenden Sie jetzt!

www.tafel.de/spenden/jetzt-spenden

Ginge es nach Kindern wie Jacob, müsste kein Kind hungern.

IHR LETZTER WILLE KANN EIN ANFANG SEIN – FÜR KINDER WELTWEIT.

Save the Children

Seit mehr als 100 Jahren ist Save the Children für Kinder wie Jacob da und stärkt sie. Unser Ziel ist eine Welt, in der alle Kinder gesund und sicher leben, selbstbestimmt aufwachsen und lernen können.

Erfahren Sie mehr und bestellen Sie telefonisch oder online unseren Testaments-Ratgeber – kostenlos und unverbindlich.

www.savethechildren.de/testamente

Sprechen Sie mich an!
 Bei individuellen Fragen unterstütze ich Sie gerne oder stelle Kontakt zu unserem juristischen Erbrechts-Netzwerk her.

Rania von der Ropp **030 27 59 59 79 - 820**
rania.ropp@savethechildren.de

„MANCHMAL WEISS ICH NICHT MEHR, WO ICH ANFANGEN SOLL“



Foto: privat



*Wenn es um wichtige Themen geht,
kann man Termine nicht ausfallen lassen.
Da sage ich: ‚Okay, ich geh‘ jetzt hin,
auch wenn es mir nicht gut geht.‘*



MARTIN NEUMANN,
SCHULLEITER AUS HAMBURG

INTERVIEW: MATTHIAS HOLLAND-LETZ
freier Journalist

Martin Neumann ist Schulleiter der Beruflichen Schule Stahl- und Maschinenbau BSO4 in Hamburg und amtiert außerdem als Vorsitzender der GEW-

Bundesfachgruppe Gewerbliche Schulen. Im E&W-Gespräch erläutert der 51-Jährige, was sich ändern müsste, damit die Belastung von Schulleitungen sinkt.

E&W: Sie gehören zu einem siebenköpfigen Leitungsteam, sind verantwortlich für 1.300 Schülerinnen und Schüler. Müssen Sie zusätzlich auch noch unterrichten?

Martin Neumann: Teilweise. In Notlagen springe ich ein, um Engpässe zu überbrücken. Das kann auch mal für ein halbes oder ganzes Jahr sein. Dann unterrichte ich in meinen alten Fächern, das sind Automatisierungstechnik und Wirtschaft sowie Gesellschaft.

E&W: Wie groß ist Ihre körperliche und psychische Belastung als Schulleiter?

Neumann: Ich würde sie als hoch bezeichnen. Ich bin bei 50 Arbeitsstunden pro Woche. Wobei ich mich glücklicherweise gesundheitlich in einem guten Zustand befinde und sagen würde, ich kann mit Stress ganz gut umgehen.

E&W: Welche Aufgabe empfinden Sie als besonders belastend?

Neumann: Wir stehen aktuell vor einer großen Gebäudesanierung. Und bei jeder Steckdose wird der Schulleiter gefragt, wo die angebracht werden soll. Hinzu kommt ein hoher Aufwand, was Verwaltung angeht. Es gibt Probleme bei der Beschaffung von Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr für die Schülerinnen und Schüler. Da muss man hinterher sein und mit den verantwortlichen Leuten kommunizieren. Es geht vom Klopapier bis hin zur Personalentscheidung. Das ist auf der einen Seite spannend und interessant. Aber manchmal weiß ich nicht mehr, wo ich anfangen soll.

E&W: Kommt es vor, dass Sie zur Arbeit gehen, obwohl Sie krank sind?

Neumann: Es gibt viele Termine, bei denen nur der Schulleiter oder die Schulleiterin aussagefähig ist. Zum Beispiel das Bauprojekt bei uns oder übergeordnete administrative Dinge. Da laufen alle Informationen bei der Schulleitung zusammen. Wenn es um wichtige

Themen geht, kann man Termine nicht ausfallen lassen. Da sage ich: „Okay, ich geh’ jetzt hin, auch wenn es mir nicht gut geht.“

E&W: Das Arbeitsschutzgesetz, ein Bundesgesetz, schreibt vor: Arbeitgeber müssen die psychischen Belastungen bei der Arbeit der Beschäftigten regelmäßig untersuchen. Dies gilt auch für den Arbeitsplatz von Lehrkräften, nicht aber von Schulleitungen. Ein Missstand?

Neumann: Ich denke, das ist eine Lücke. Es gibt genug schulische Leitungskräfte, bei denen man mal nachfragen könnte: „Hey, wie sieht es bei euch aus?“

E&W: Beschäftigt sich Ihr Dienstherr, das Hamburger Institut für Berufliche Bildung, inzwischen mit der Gesundheit der Schulleitungskräfte?

Neumann: Ich höre, dass das Thema mittlerweile angekommen ist. Das hat damit zu tun, dass Nachwuchs für Leitungsfunktionen gesucht wird. Dass man sich Gedanken macht, wie können wir diese Arbeitsplätze attraktiv gestalten. Zudem ist bekannt geworden, dass es die von der GEW initiierte Belastungsanalyse gibt – mit ziemlich eindeutigen Ergebnissen. Entscheidungen sind aber noch nicht gefallen.

E&W: Welche Sofortmaßnahmen könnten Ministerien und Schulbehörden ergreifen, um Schulleitungen zu entlasten?

Neumann: Erste Maßnahme wäre, sich ein Bild zu verschaffen. Wo liegen die Belastungen? Es geht ganz viel um administrative Geschichten. Je mehr wir digitalisieren, desto mehr Daten werden erhoben und müssen gepflegt werden. Das ist ein großer Bereich. Die 1.300 Schülerinnen und Schüler an meiner Schule brauchen alle einen Benutzernamen und ein Kennwort. In einem Bereich müsste sofort etwas passieren: Wir brauchen dringend eine bessere Ausstattung mit IT-Personal und Fachkräften in der Verwaltung. ■



Foto: IMAGO/Panthermedia

„WIR SIND SEHR BESORGT“



Foto: FEA



Wenn wir nicht für gute öffentliche Schulen für jedes Kind sorgen, dann ist die Demokratie selbst in Gefahr.



ANDREW SPAR,
PRÄSIDENT DER FLORIDA EDUCATION ASSOCIATION (FEA)

INTERVIEW: CARMEN LUDWIG

Referentin Internationales beim GEW-Hauptvorstand

In den USA stehen Lehrkräfte besonders in den republikanisch geführten Staaten wie Florida stark unter Druck. Andrew Spar, Präsident der Florida Education Association (FEA), berichtet über die angespannte Lage.

E&W: Die FEA wirft Ron DeSantis, Gouverneur des US-Bundesstaates Florida, der sich auch für die Position des Präsidentschaftskandidaten der Republika-

ner bewirbt, vor, die öffentliche Bildung zu gefährden. Was sind die größten Sorgen der Lehrkräfte?

Andrew Spar: Es ist wirklich eine schwierige Zeit für Lehrkräfte in Florida. Wir haben den schlimmsten Lehrkräftemangel, den wir je erlebt haben. Wir haben Klassenzimmer, in denen es keine Lehrkräfte gibt, sodass der Unterricht von Vertretungslehrkräften abgedeckt werden muss. Manchmal ist eine Person für vier oder fünf Klassen zuständig; die Kinder können unter diesen Umständen nichts lernen. Zum Teil ist der Lehrkräftemangel auf eine Reihe von Gesetzen zurückzuführen, die verabschiedet wurden. Diese unterstellen den Lehrkräften, sie würden Schülerinnen und Schüler indoktrinieren und zur Homosexualität erziehen. Die Lehrkräfte sind

nicht mehr bereit, unter diesen Bedingungen zu unterrichten. Hinzu kommt die niedrige Bezahlung.

E&W: Der Kongress der National Education Association (NEA), der im Juli mit rund 7.000 Delegierten in Florida stattfand, befasste sich unter anderem mit dem Verbot von Büchern in Schulen und dem Angriff auf die Rechte von Minderheiten. Wie ist die Situation in Florida?

Spar: Bei den Büchern, die aus unseren Schulen entfernt wurden, handelt es sich meist um Bücher mit LGBTIQ+-Bezug. Wenn diese Bücher verboten werden, haben die betroffenen Kinder und Jugendlichen das Gefühl, dass mit ihnen etwas nicht stimmt, dass sie ausgegrenzt werden. Das zerreißt den Lehrkräften das Herz. Andere verbotene Bücher handeln zum Beispiel von afroamerikanischer Geschichte, der Sklaverei und den Erfahrungen der Indigenen hier in den Vereinigten Staaten sowie von Einwanderern. Das Traurige daran ist: Eine einzige Person kann ein Buch verbieten lassen, ohne dass die anderen Eltern ein Mitspracherecht haben.

E&W: Wie wirkt sich das auf die Lehrkräfte aus?

Spar: Die Lehrkräfte sind sehr besorgt. Ihnen wird sogar mit einer Gefängnisstrafe gedroht, wenn an den Schulen vermeintlich pornografische Bücher vorhanden sind. Man darf nicht vergessen: Es gibt Menschen, die diese Anschuldigungen erheben, ohne wirklich etwas von der Materie zu verstehen oder zu wissen, was beim Lesen und Unterrichten angemessen ist. Die Lehrkräfte müssen auch viel mehr Arbeit leisten, weil ihnen gesagt wird, sie müssten jedes Buch lesen, es in eine Datenbank aufnehmen und abzeichnen, dass diese Bücher alle angemessen sind. Wenn sich irgendwann jemand beschwert, können die Lehrkräfte in Schwierigkeiten geraten. Es kann ein Elternteil oder eine beliebige andere Person sein, die politische oder persönliche Ziele verfolgt. In einem Bezirk in Florida gibt es zum Beispiel eine Person, die zwar keine Kinder im Schulsystem hat, dafür aber über 600 Bücher aus den Schulen entfernen lassen will.

E&W: Die FEA wirft DeSantis zudem vor, die Privatisierung des öffentlichen Schulsystems zu fördern. Was kritisieren Sie konkret?

Spar: In Florida gibt es jetzt sogenannte universelle Gutscheine, sodass jedes Elternteil einen Scheck von der Regierung bekommen kann, um sein Kind auf einer beliebigen Privatschule einzuschreiben. Für diese Privatschulen

gibt es keine Rechenschaftspflicht. Die Anforderungen an öffentliche Schulen gelten für sie nicht. Privatschulen müssen keine Lehrkräfte mit Universitätsabschluss oder Unterrichtserfahrung haben. Wir haben in Florida gesehen, dass einige dieser „Voucher-Schulen“ nur gegründet wurden, um die staatlichen Bildungsgutscheine zu erhalten. Sogar Millionäre können einen Gutschein im Wert von etwa 8.500 US-Dollar erhalten, um die Ausbildung ihrer Kinder an einer Privatschule zu finanzieren. Geschätzt wird, dass hierdurch den öffentlichen Schulen in Florida über drei Milliarden Dollar fehlen. Diese sind bereits heute stark unterfinanziert. In den USA rangieren wir bei der Finanzierung unserer Schulen unter den 50 Staaten auf Platz 45.

E&W: Mit einer Postkartenaktion appelliert die FEA an die Mitglieder, der Gewerkschaft treu zu bleiben. Ist auch das Recht der Lehrkräfte bedroht, sich zu organisieren?

Spar: Ja, wir sind gerade einem enormen Angriff ausgesetzt. Die Regierung hat ein Formular entworfen, das die Lehrkräfte unterschreiben müssen, auf dem steht: Ich möchte in einer Gewerkschaft sein. Aber füllt man das Formular nicht so aus, wie es die Regierung vorschreibt, behauptet diese, dass man kein Gewerkschaftsmitglied sei. Mindestens 60 Prozent der Lehrkräfte jeder Schule müssen Mitglied einer Gewerkschaft sein, andernfalls verliert diese ihre gewerkschaftliche Vertretung. Gouverneur DeSantis hat drei Personen ernannt, die all dies überwachen sollen. Wenn diese drei Personen zu dem Schluss kommen, dass die Gewerkschaft nicht kooperiert oder nicht die Wahrheit sagt, können sie der Gewerkschaft die Anerkennung entziehen. Dagegen kämpfen wir vor Gericht. In unserem Gerichtssystem ist das zu einer echten Herausforderung geworden, weil viele Richterinnen und Richter nicht auf der Seite der Beschäftigten stehen.

E&W: Was kann die FEA tun, um die Situation zu ändern?

Spar: Wir erinnern uns an die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten, die sich auf Glaubensgruppen, Gemeinden und Gewerkschaften stützte, in denen Aktivistinnen und Aktivisten zusammenkamen. Wir müssen uns wieder zusammenschließen und unsere Stimme gegen das erheben, was derzeit in unseren öffentlichen Schulen geschieht. Die Idee der Demokratie erfordert eine gebildete Bürgerschaft. Wenn wir nicht für gute öffentliche Schulen für jedes Kind sorgen, dann ist die Demokratie selbst in Gefahr. ■

MEHR AKADEMIKER, MEHR UNGELERNT

KARL-HEINZ REITH
freier Journalist

Das deutsche Bildungssystem produziert zwar mehr Akademikerinnen und Akademiker, zugleich aber auch mehr Ungelernte. Dies ist zentrales Ergebnis der Studie „Bildung auf einen Blick 2023“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Die GEW mahnt eine Reform der beruflichen Bildung und mehr Geld an.

Es sind zwei Zahlenvergleiche, die bei der Analyse des umfangreichen jährlichen internationalen Bildungsberichtes der OECD diesmal besonders ins Auge stechen: Der Anteil der 25- bis 34-Jährigen mit abgeschlossenem Studium ist in Deutschland zwischen 2015 und 2022 von 30 auf 37 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum wuchs jedoch in dieser Altersgruppe die Zahl derjenigen, die weder über einen schulischen Sekundar-II-Abschluss noch über einen Berufsbildungsabschluss verfügen, von 13 auf 16 Prozent. Das sind fast 1,7 Millionen junge Menschen – fast jeder Sechste in dieser Altersgruppe. Im Vergleich mit allen anderen Industrienationen ist laut OECD nur in Deutschland und Tschechien der Anteil dieser Ungelernten in den vergangenen sieben Jahren gewachsen. In Tschechien allerdings nur um einen Prozentpunkt auf 7 Prozent. Die an einer Schule erworbene Hochschulreife (Abitur) oder ein mittlerer Schulabschluss plus einer abgeschlossenen Ausbildung gelten in der

deutschen wie internationalen Bildungsstatistik als Sekundar-II-Abschluss. „Ohne diesen Abschluss haben Menschen in Deutschland kaum Berufs- und Lebenschancen“, sagte OECD-Bildungskordinator Andreas Schleicher in Paris.

Auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Jens Brandenburg (FDP), bezeichnete es angesichts des Fachkräftemangels als „alarmierend“, dass der Anteil der gering qualifizierten jungen Menschen in Deutschland erneut gestiegen ist. Das könne Deutschland „sich schlicht nicht leisten“. Brandenburg forderte eine „bildungspolitische Trendwende“. Er verwies auf die Bemühungen des Bundes für ein Startchancenprogramm, um die enge Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland aufzubrechen. Doch die Verhandlungen mit den Ländern kommen dem Vernehmen nach nur äußerst schleppend voran.

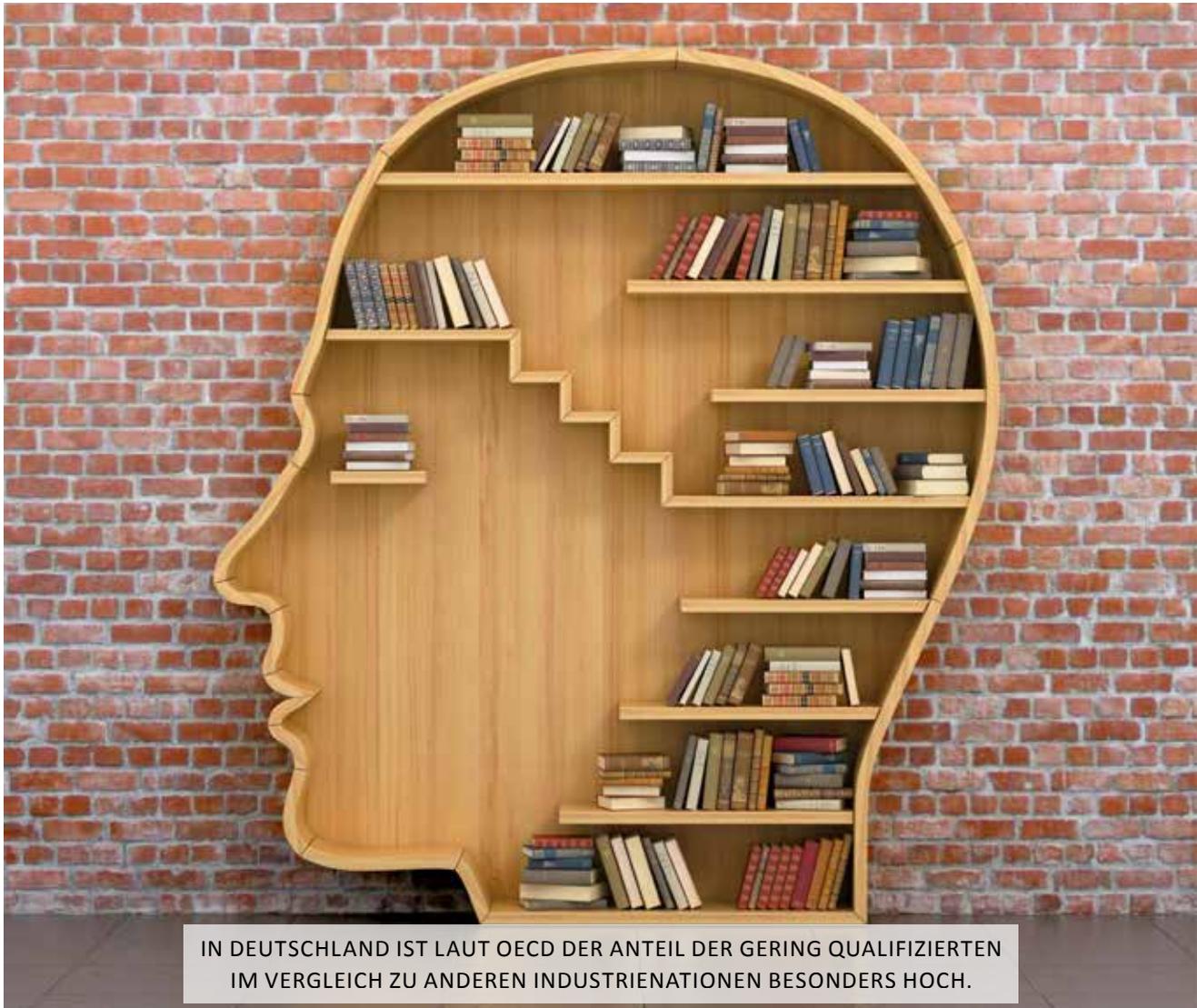


Es ist absurd, einerseits über den Fachkräftemangel zu jammern und andererseits einen großen Teil der jungen Menschen, die da sind, nicht auszubilden.



RALF BECKER,
GEW-VORSTANDSMITGLIED BERUFLICHE BILDUNG
UND WEITERBILDUNG

GEW-Vorstandsmitglied Ralf Becker mahnte zusätzliche Mittel für die berufliche Bildung und Reformen für den Übergang der jungen Menschen von der Schule in die Ausbildung an. Die Arbeitgeber müssten sich ernsthaft



IN DEUTSCHLAND IST LAUT OECD DER ANTEIL DER GERING QUALIFIZIERTEN IM VERGLEICH ZU ANDEREN INDUSTRIENATIONEN BESONDERS HOCH.

Foto: Shutterstock/GEW

der Aufgabe stellen, die Abbrecherquote durch qualitativ gute Angebote zu senken. Becker: „Es ist absurd, einerseits über den Fachkräftemangel zu jammern und andererseits einen großen Teil der jungen Menschen, die da sind, nicht auszubilden.“

Deutschland investiert nach wie vor viel zu wenig Geld in die Bildung.

Der OECD-Bericht macht zugleich die Verschiebungen der vergangenen Jahre in der deutschen Bildungslandschaft deutlich. 2022 hatten 38 Prozent der 25- bis 34-Jährigen einen beruflichen Bildungsabschluss (ohne Studium). 2015 waren es noch 51 Prozent. Dies liege allerdings nicht allein am Trend zum Studium und zu akademischen Abschlüssen. Ebenso lasse sich auch der Zuwachs bei den Ungelernten nicht nur mit den hohen Migrantenzahlen in Deutschland erklären. Laut Bericht ist Deutschland das einzige OECD-Mitgliedsland, in dem auch die Zahl der jugendlichen Schulabgänger ohne

Abschluss wieder gestiegen ist – aktuell jährlich rund 50.000.

Große Sorgen bereiten Jugendliche, die mit Ausnahme von Hamburg von den Arbeitsagenturen nur selten namentlich erfasst werden können. Das sind junge Menschen, die mit der Schule fertig sind, keine weitere Ausbildung absolvieren und keiner regelmäßigen Arbeit nachgehen. In Deutschland wird dieser NEETs-Anteil (not in Education, Employment or Training) unter den jungen Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren auf 8,6 Prozent geschätzt. Beim Bildungsgipfel 2008 in Dresden hatten die Länder versprochen, die Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss binnen zehn Jahren zu halbieren. Damals waren dies knapp 7 Prozent. Dieses Ziel wurde nie erreicht.

Becker verweist darauf, dass Deutschland laut OECD-Bericht nach wie vor viel zu wenig Geld in Bildung investiere, um das Land zukunftsfähig zu machen. Laut OECD-Rechnung fließen hierzulande 4,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in diesen Bereich, im Schnitt der anderen Industrienationen dagegen 5,1 Prozent. ■

„MIR FEHLTEN HABITUS UND ZUGÄNGE“



Foto: Thorsten Wagner

EVA MÜLLER

HAT IN HAMBURG ILLUSTRATION STUDIERT UND ARBEITET DORT
ALS FREIE COMICZEICHNERIN, AUTORIN UND KÜNSTLERIN.

INTERVIEW: ANNE-KATRIN WEHRMANN
freie Journalistin

Für ihre Graphic Novel „scheiblettenkind“ erhält Eva Müller (Jahrgang 1981) den Heinrich-Wolgast-Preis 2023 der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW. Im E&W-Interview spricht die Comiczeichnerin und Autorin über ihren Weg aus dem Arbeitermilieu ihrer Familie in die Emanzipation als Künstlerin.

E&W: Wie sind Sie auf die Idee für dieses Buch gekommen? Und warum heißt der Band „scheiblettenkind“?

Eva Müller: Das ist ein Schimpfwort für ärmere Kinder, das ich mir ausgedacht habe. Scheiblettenkäse ist dieser billige, in Plastik eingepackte Käse, so ein Arme-Leute-Essen. Meine Graphic Novel ist Autofiktion: Ich habe auch viel hinzuerfunden. Aber grundsätzlich gehe ich bei meinen Arbeiten fast immer von mir selbst aus, weil ich meine Lebenswelten und meine Biografie einfach am besten kenne. Von da aus erzähle ich dann weiter.

E&W: Am Beispiel Ihrer Familiengeschichte malen Sie ein generationenübergreifendes Bild von Arbeitswelten im Wandel der Zeit. Was hat Sie bei der Recherche und dann bei der Umsetzung besonders bewegt?

Müller: Vor allem die Geschichten meiner Großmütter, die eine bäuerliche Herkunft hatten und denen ich sehr nah war. Beide sind inzwischen gestorben, darum hat mich das persönlich sehr berührt. Es war mir wichtig, das aufzuschreiben und aufzuzeichnen.

E&W: Die Jury lobt Ihre kraftvolle Beschreibung der aus Ihrer Familiengeschichte errungenen Selbstbestimmung. Der Drang nach Unabhängigkeit hinterlasse im Hinblick auf die eigene Erwerbstätigkeit einen eindrucksvollen Nachhall, heißt es in der Begründung. Wie steinig war der Weg aus dem Arbeitermilieu Ihrer Herkunftsfamilie in die Emanzipation als Künstlerin?

Müller: Auf vielen Ebenen war das sehr schwierig, weil einfach der Habitus und die Zugänge fehlten. Außerdem das Selbstbewusstsein, Räume zu betreten – auch im übertragenen Sinn. Andererseits habe ich in meinem Aufwachsen und in meinem Umfeld auch viel gelernt, was Community angeht, was Gemeinsamkeit und Zusammenhalt bedeuten. Das habe ich mitgenommen. Und was ich auch mitgenommen habe, ist eine einfache Sprache, eine direkte Kommunikation. Ich habe den Eindruck, dass das als erfrischend empfunden wird und mir auch Türen geöffnet hat. Darum ist das so ein bisschen ambivalent.

Mit dem nach dem Reformpädagogen Heinrich Wolgast (1860–1920) benannten Preis zeichnet die Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW Kinder- und Jugendliteratur aus, die sich in beispielhafter Weise mit Erscheinungen und Problemen der Arbeitswelt befasst. Der 1986 vom Bildungs- und Förderungswerk (BFW) der GEW gestiftete Preis ist mit 2.000 Euro dotiert und wird seit 2015 alle zwei Jahre verliehen.

E&W: Würden Sie sagen, dass Ihnen bestimmte Türen bis heute verschlossen geblieben sind?

Müller: Nein, mir persönlich nicht. Weil ich die immer aufgestoßen habe. Und weil ich viel Glück und Unterstützung hatte. Manchmal haben Zufälle dazu geführt, dass sich Türen öffneten. Ich glaube aber nicht, dass das bei jedem so passiert. Und das liegt dann nicht am Individuum, sondern schon an den Umständen, an den Strukturen. Das war eher eine Zufallsgeschichte, dass mir dieser Aufstieg möglich war.

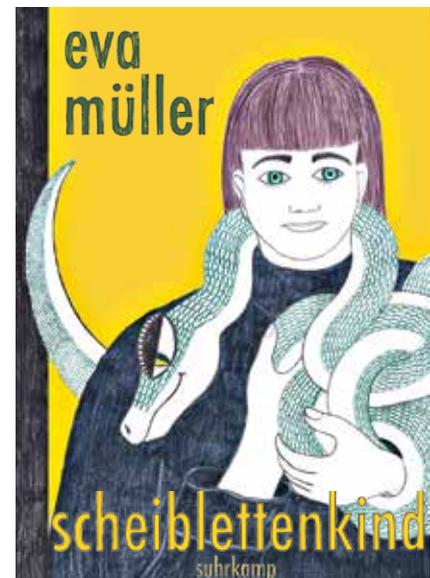
E&W: Haben Sie „scheiblettenkind“ gezielt für Kinder und Jugendliche geschrieben?

Müller: Das war nicht meine Intention, ich habe es stilistisch nicht danach ausgerichtet. Aber es wird in dem Alter sehr gut aufgenommen und rezipiert. Jugendliche können da gut andocken, darum ist das schon ein wichtiger Punkt.

E&W: Was können junge Menschen daraus mitnehmen?

Müller: Eine Sensibilität und ein Bewusstsein dafür, dass es unterschiedliche Lebensrealitäten gibt. Dass es Menschen gibt, die aus anderen Verhältnissen kommen. Dass nicht jede Person gleich aufwächst. Und für Kinder, die ähnlich aufwachsen und einen ähnlichen Weg gehen wie ich, kann es ein gewisses Identifikationsmoment haben. Vielleicht kann es auch eine kleine Hilfe und ein Mutmacher sein, das würde mich jedenfalls freuen. ■

Eva Müller:
scheiblettenkind.
Suhrkamp Verlag,
Berlin 2022,
279 Seiten



KAMPF UM DIE WAHRHEIT

FRAUKE HASS

Leitung Presse, DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum

Der Film „Die Gewerkschafterin“ erzählt die Geschichte einer starken Frau, die mit sexueller Gewalt und institutionellen Mobbings von einer Übermacht beinahe vernichtet worden wäre.

Wir sehen eine Frau, offenbar eine Reinigungskraft, einen Hausflur betreten und nach ihrer Chefin rufen. Im Keller findet sie diese an einen Stuhl gefesselt, ein blutiges „A“ in den Bauch geritzt. Ihre Vagina wurde mit dem Griff eines Messers penetriert, dessen Schneide zwischen ihren Beinen herausragt. Das Vergewaltigungsopfer im Film „Die Gewerkschafterin“, den Jean-Paul Salomé nach dem auf einem realen Fall basierenden Roman „La Syndicaliste“ der investigativen Journalistin Caroline Michel-Aguirre gedreht hat, ist Maureen Kearney, die ranghöchste Gewerkschafterin im französischen Atom-Unternehmen Areva. In Salomé's Film haben wir Kearney zu diesem Zeitpunkt schon kennengelernt als eloquente, selbstbewusste Person. Die Vergewaltigung ist nicht der erste Versuch, sie einzuschüchtern. Denn Kearney ist eine Whistleblowerin. Von einem Informanten hat sie von einem geheimen Deal erfahren: Areva will Atomtechnologie-Know-how an China verkaufen. 50.000 Arbeitsplätze sind gefährdet. Kearney entscheidet sich, den Deal öffentlich zu machen und muss dabei feststellen, dass sie gegen Wände läuft. Kaum ein Politiker schenkt ihr Gehör, viele wiegeln ab, weichen aus. Endlich erhält sie einen Termin bei Präsident François Hollande, doch wenige Stunden, bevor sie ihn treffen kann, wird sie in ihrem Haus überfallen.

Isabelle Huppert spielt diese scheinbar furchtlose Gewerkschafterin mit stoischer Würde, ebenso illusi-

onslos wie unermüdlich und entschlossen. Die Vergewaltigung erschüttert sie im Kern und doch absolviert sie die endlosen Befragungen der Polizei scheinbar gelassen. Wer hat die Drohgriffe und Angriffe auf Kearney in Auftrag gegeben? Wer versucht, sie zum Schweigen zu bringen? Die Antwort auf diese Fragen, die bis heute – nach mehr als zehn Jahren – im richtigen Leben unbeantwortet sind, rückt Salomé nicht ins Zentrum des Films, auch wenn sie vorübergehend in der Person des cholertischen Areva-Vorstandsvorsitzenden nahegelegt wird. Denn der eigentliche Skandal im Fall Kearney ist – schlimm genug – womöglich nicht die Vergewaltigung und der Versuch, sie damit mundtot zu machen. Was Salomé interessiert, ist das, was nach dem Überfall passiert: Die Polizei kramt nämlich in Kearneys Vergangenheit und kommt zu dem Schluss, dass sie sich alles ausgedacht haben muss und die Vergewaltigung inszeniert hat. Höchst verdächtig schon, dass sie in den Verhören so ruhig bleibt. Noch verdächtiger, dass sie als Jugendliche schon einmal vergewaltigt wurde und – wie sich später herausstellte – zuvor keine Unterwäsche unter ihrem Rock getragen hatte ...

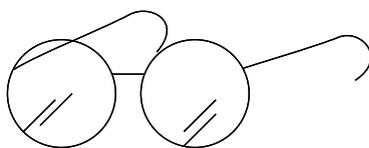
Mit Verve wirft sich die Polizei auf die nun verdächtig gemachte Kearney und bezichtigt sie der Vortäuschung eines Verbrechens. Während die Ermittlungen des tatsächlichen Verbrechens äußerst schlampig betrieben, wenn nicht gar sabotiert werden, arbeiten die Ermittler mit allen Tricks und stundenlangen Verhören, um Kearney dazu zu bringen, ihre Anzeige zurückzuziehen. Diese verliert trotz des zunehmenden Drucks im Film zwar nie die Fassung, doch Hupperts gekonntes, beinahe subkutanen Mienenspiel setzt Kearneys abgrundtiefe Erschütterung unter der stoischen Oberfläche brillant in Szene. ■



Foto: Weikino Filmverleih

Ab 6. Oktober auf DVD

MITGLIEDERFORUM



POLITIK NIMMT UNS NICHT ERNST

(E&W 3/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 44 F.: „GRUNDSCHULLEHRERINNEN IN DER PFLICHT“ SOWIE E&W 4/2023, MITGLIEDERFORUM SEITE 47: „SCHWER, NICHT IN IRONIE ZU VERFALLEN“)

Zur Frage: Haben die LehrerInnen in der Grundschule nicht gemerkt, dass das Bildungsgeschehen dort keinen Erfolg hat? Natürlich haben wir die Missstände mitbekommen und sehen sie jeden Tag vor Ort. Unsere Schule hat zusammen mit allen LehrerInnen eine Überlastungsanzeige gestellt, in der wir geschrieben haben, dass wir uns mit diesen großen Ausfällen an LehrerInnen und ohne Anspruch auf mobile Reserven nicht mehr in der Lage sehen, einen für die Kinder guten Unterricht zu gestalten und unserem Anspruch gerecht zu werden (teilweise neun Verteilerkinder, die noch nicht mal einen Sitzplatz haben, Förderunterricht kann aufgrund der fehlenden LehrerInnen nicht stattfinden, keine Rektorin, Konrektorin). Daraufhin hatte unser Schulrat uns alle einbestellt und sagte uns, wir sollten nicht so jammern, wir würden ja gut verdienen – er nahm unsere Anzeige nicht ernst. Wir waren schockiert. Ich habe das Gefühl, die Bezirksregierung und das Schulministerium wollen nicht wirklich wissen, wie es um den Schulalltag bestellt ist und was der eklatante Lehrermangel tagtäglich an Bildungsnotständen produziert.

Wir versuchen unser Bestes, aber zusätzlich zu diesen Missständen gibt es die verwehrlosten und nach Hilfe schreienden Kinder, die die Klassen aufmischen. Das Jugendamt kann meist nicht rechtzeitig einschreiten, weil es auch dort zu wenig Kapazitäten gibt.

Lisa Hochhäusler, Köln

SONDERVERMÖGEN NÖTIG

(E&W 5/2023, SCHWERPUNKTTHEMA SEITE 6 FF.: „SPORTUNTERRICHT – WAS MUSS SICH ÄNDERN?“)

Der Lack ist wirklich ab. Der Sanierungsbedarf der Schwimmhallen in Deutschland beläuft sich auf gut 4,5 Milliarden Euro, also etwa 1/22 der 100 Milliarden Euro „Sondervermögen“ für die Bundeswehr. Die Kosten für Instandsetzung und Neubau der Turnhallen liegen etwas darunter.

Ein Sondervermögen von aufgerundet zehn Milliarden Euro für Turn- und Sporthallen sollte also bundesweit aufgelegt werden. Oder ist die Gesundheit unserer Kinder, von denen schon jetzt mehr als 30 Prozent adipös sind, der Politik nichts wert?

Im vorzüglichen Grundgesetz steht in Artikel 2: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Dazu zählt auch die Fähigkeit, gesund leben zu können. Die Voraussetzungen dafür hat der Staat bereitzustellen!

Da in den Schulen sichtbar, fühlbar ist, dass über 20 Prozent der Gesellschaft am Rande der Armut leben, sollte grundsätzlich in jeder Schule ein warmes Mittagessen gereicht werden – kostenlos!

Ulrich Bald, Hagen

EMPFEHLENSWERT

(E&W 9/2023, TITELBILD SEITE 1: „DEMOKRATIE-BILDUNG“)

Das Titelbild der Ausgabe 9/2023 „Wenn Du Dich nicht um mich kümmerst, verlasse ich Dich! Deine Demokratie“ hat mir sehr gut gefallen. Der Anstieg der AfD-Stimmen in Ost und West ist beängstigend.

>>> Der Journalist Jakob Augstein hat zur Frage „Wie rechts ist der Osten?“ am 11. September im Literaturhaus Berlin in der Reihe „Freitag-Salon“ des rbb-Rundfunksenders Radio Eins ein Gespräch mit dem Historiker und Publizisten Ilko-Sascha Kowalczuk geführt. Ich empfehle diese 50 Minuten sehr. Nachzuhören auf radioeins.de.
Joachim Dillinger, Berlin

DAS BILDUNGSSYSTEM IST STRUKTURELL UNDEMOKRATISCH

(E&W 9/2023, SEITE 6 FF.: „SCHWERPUNKTTHEMA DEMOKRATIEBILDUNG“)

Die Demokratie ist gefährdet. Weltweit. Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge hat recht: Hauptursache ist ein ökonomisches System, das krasse soziale Ungleichheit systematisiert, Gleichwertigkeit verhindert; ein System, das eine wachsende Anzahl globaler Bedrohungen schafft und dadurch Angst und Hilflosigkeit. Nicht als „Verschwörung“, sondern als Systemlogik. Eine Folge sind Parteien wie AfD und Co. oder Personen wie der Ex-US-amerikanische Präsident Donald Trump. Viele glauben denen, die Haurucklösungen, undemokratische Stärke etc. versprechen. Auch viele derer, die eigentlich mehr Demokratie wollen.

Ein System, das strukturell durchgehend undemokratisch ist, kann kaum ein geeigneter Ort für demokratische, politische Bildung sein. Es gibt eigentlich keinen einzigen strukturellen Aspekt in unserem Bildungssystem, der von den menschlichen Individuen, Interessen, Potenzialen, Bedürfnissen ausgeht. Jeder Aspekt ist fremdbestimmt und gleichschaltend. Weil es nur um die Funktionalität des künftigen Humankapitals geht. Was soll da ein Schulfach „Politische Bildung“? Eine weitere Schublade neben all den anderen. Ein Sandkasten mehr.

Fritz Köbler, Höchststadt/Aisch

SCHWER AUSZUHALTEN

(E&W 9/2023, SEITE 14 FF.: „DEMOKRATIE UNTER DRUCK“)

Die im letzten Abschnitt gesendete Botschaft mag ja die persönliche Meinung des Prof. Christoph Butterwege sein, aber sie ist für mich schwer auszuhalten. Eine Absage an die Ampelkoalition und deren Anstrengungen für ein Konzept gegen die Spaltung der Gesellschaft ist

niederschmetternd. Wenn nun auch noch die Opposition seiner Meinung nach keinen Kurs zu haben scheint, dann hört es sich so an, als hätten alle demokratischen Parteien keinerlei Einflussnahme mehr. Dem widerspreche ich und hoffe, dass hierzu noch mehr Leser ihre Meinung kundtun. (...)

Sandra Schumacher-Achenbach, Ganderkesee

DEMOKRATIE GIBT ES NICHT ZUM NULLTARIF

(E&W 9/2023, SEITE 18 FF.: „POLITISCHE BILDUNG KOMMT ZU KURZ“)

Wieder einmal wird das alte Dilemma der „Politischen Bildung“ als Fach beschrieben: Eigentlich ist es als Kernfach ausgewiesen, aber meist oder zumindest sehr oft in der schulischen Praxis nicht entsprechend vorhanden. Wie aber sollen demokratisch gebildete und engagierte Menschen die Schulen verlassen, wenn das zuständige Fach viel zu oft als Waisenkind behandelt wird statt den ihm gebührenden Platz im schulischen Fächerkanon einzunehmen?

Politische Bildung darf nicht der Meinungslosigkeit der Lernenden frönen, sondern muss ermutigen, Flagge zu zeigen, ein demokratisches Vorbild für die Lernenden zu sein. (...) Wer will, dass politische Bildung weder ein Nischendasein führen noch einen Dornröschenschlaf an seiner Schule haben darf, sollte dies beherzigen. Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif.

Jürgen Scherer, Alsbach an der Bergstraße

Kontakt

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.

E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Alles divers!
Ulrich Rosen - Learning House

Sexualkunde und Demokratieerziehung

Unterrichtseinheiten für verschiedene Schulformen und Fächer

ISBN: 978-3-9817956-4-6
Ladenpreis: 19,95 €

Alles divers!

Unterrichtsmaterial für verschiedene Schulformen und Klassenstufen

128 Seiten (über 90 Kopiervorlagen), teilweise differenziert für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Die Unterrichtsmaterialien zeigen Beispiele für einen wertschätzenden und geschlechtergerechten Umgang mit der Vielfalt in unserer Gesellschaft.

Weitere Infos unter: www.alles-divers.de

Bestellungen (für Privatkunden versandkostenfrei):
Email: info@salmoverlag.de oder Tel. +49 (0)591 8073766

Lesungen für Grundschulen

www.leseshow.de

ROCKET-TABLE

Sitzen. Stehen. Schieben.
Der neue Schultisch.

www.rocket-edu.de

“ DIESE APP KANN LEBEN RETTEN! ”

Krisen Kompass

DIE APP ZUR SUIZIDPRÄVENTION

Kostenloser Download unter [krisenkompass.app](https://www.krisenkompass.app)

Apple Google

Die Quintenzirkeluhr und vieles mehr

5% Rabatt für Leser*innen der E&W.
Bestell-Code: **EW23**

UvdS DESIGN

UvdS-Design.com
webshop.uvds-design.com

www.schulorganisation.com

**Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

FL SCHULORGANISATION
Verlage Flittmann & Langenkämper

Hamburg
Schülertouren

St. Pauli, Speicherstadt, Hafenrundfahrt
kiezjungs@gmail.com, T: 040-27872891

www.kiezjungs.com

Berlin
Schülertouren

Mauer und Szene Tour,
Demokratie Tour

berlin.kiezjungs.com

**IHR LETZTER WILLE
KANN EIN ANFANG SEIN –
FÜR KINDER WELTWEIT.**

Save the Children

Erfahren Sie mehr und bestellen Sie telefonisch oder online unseren Testaments-Ratgeber – kostenlos und unverbindlich.

www.savethechildren.de/testamente

DZ
Columbus
Steiger

Rania von der Ropp
030 27 59 59 79 - 820
rania.ropp@savethechildren.de

Beamendarlehen - Beamtenkredit 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500

öD-Beratung seit 1976

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

AK-Finanz.de

Unser Tiefzins Echt sehr gut
Kredite umschulden!

AK-Finanz Kapitalvermittlungs GmbH, E3, 11 Planken, 68159 Mannheim, Tel: (0621) 178180-0

DIESMAL

Hose



Cartoon: Christiane Pfohlmann

Heft



Herz



Arme Kinder

©Pfohlmann